

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

„Politischer Wegweiser“ erscheint monatlich am 1. Sonntag im Monat. Preis: 75 Cent pro Nummer. Inland: 6 Reichsmark pro Jahrgang. Ausland: 8 Reichsmark pro Jahrgang. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, entgegen.

Verleger: Dr. Otto Sandberg, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Druck: Dr. Otto Sandberg, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsführung erlauben den Verlag der Zeitung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

immer 44

Halle (S.), 29. Oktober 1927

3. Jahrgang

Wilhelm Kobelt

* 5. Nov. 1865 — † 23. Okt. 1927

Von Oskar Ober — Gabellegen

Wer den unbetrüfflich scheinenden rüstigen Mann jahrgelung und noch vor ganz kurzer Zeit gesehen, mit ihm gearbeitet und sich über die Probleme und Aufgaben der Gegenwart unterhalten hat, der kann es kaum fassen, daß der Schlichter Tod so rasch und scheinbar so unermittelt an ihm sein unheimliches Meer vollbracht haben soll. Und doch ist nichts zu ändern an der Tatsache: Wilhelm Kobelt hat nach dem unabänderlichen Gesetz von Werden und Vergehen der Natur ihren Tribut gezahlt, und wenn diese Zeilen gelesen werden, hat die verzehrende und verklärnde Flamme ihr Werk getan und von des Toten sterblicher Hülle nur ein Häufchen Asche übrig gelassen. Von den Jünglingen nieder taumeln auf die Gräber herab entfärbte Blätter den herblichen Totentanz...

Wir hätten demnach unser silbernes Bekanntheitsjahr feiern können. So ungefähr vor zwei Dutzend Jahren wurde ich durch Paul Seiffert nach einer von Wilhelm Meinecke geleiteten Hörervereinsversammlung mit Wilhelm Kobelt persönlich bekannt, und wir sind seitdem auf der Grundlage reiflichen gegenseitigen Vertrauens in allen Fragen persönlicher, wirtschaftlicher, kommunaler und politischer Art in Freud und Leid ununterbrochen miteinander in Verbindung geblieben. Ehe er irgend einen Schritt unternahm, der mit Verantwortung verbunden war, nahm er Gelegenheit, dazu meine Meinung zu hören. „Wer nicht einseitig urteilen und handeln will, muß in wichtigen Dingen auch die Ansicht eines andern kennen lernen; man kommt sonst zu leicht in die Gefahr, sich zu sehr von seinem Beruf und seiner täglichen Umgebung beeinflussen zu lassen, war seine Begründung. Mit Eifer und Hingabe arbeitete er an der Hebung und Förderung des Handwerks und seines speziellen eigenen Gewerbes. Dabei war er ein geistvoller und rücksichtsloser Verfechter selbstmühtiger Entschlossenheit und fortgeschrittenen Aufbaues infolge auf Betriebskenntnissen, Organisations- und Geschäftsfähigkeiten. „Was sich überlebt hat, muß weg, sonst wird es zum Schandmal und rächt sich an den Lebenden. Die Welt läuft, und wir müssen mitlaufen. Wer hinterher kommt, kann nur das aufhaken, was die andern weggenommen oder liegen gelassen haben.“ Inbezug auf die Pflege der Berufsinteressen hat er in Planung und Verband mehr als einmal mit aller Schärfe betont: „Ich kann mich ein für allemal nur für solche Forderungen einsetzen, die im Rahmen des Gesamtwohles liegen. Wenn ich als Stadter einer öffentlichen Ämter nichts weiter bin als der fleißige Beamte und die Öffentlichkeit in mir nur den Vertreter eines einzigen Berufs erblickt, dann sinkt mein Gesamtinteresse auf Null herab.“ Diese Einstellung war das Ergebnis einer zwischen uns geführten langen Unterredung, als Wilhelm Kobelt im Begriff stand, in das öffentliche Leben einzutreten. Er ist dieser Einstellung treu geblieben bis zu seinem letzten Tage, in einer langen reichen Tätigkeit, die ihm viel Mühe, aber auch hohe Anerkennung und volle innere Befriedigung brachte. Wir haben plaudernd vor Kurzem bekländert und sprachten über der Zeiten Lauf, und es fielen dabei mahnende Worte darüber, daß die aufstrebende Jugend und unversessene Wägen für das Gemeinwohl nichts als Verdruß und Unmut bringe, und unter geschickter Freund rüstete: „Was lassen Sie's man gut sein — wir haben miteinander doch mancher guten Sache zum Durchbruch verholfen und manches Schädliche mitzuerkennen können — damit muß man sich zufrieden sein!“ Vor fünfundsiebzig Jahren beschloß Wilhelm Kobelt ein kleines Grundstück mit sehr beengten und beschränkten Boden- und Betriebsverhältnissen in der Großen Schulfraße. Wie schwach seine Einnahmen und wie geringfügig seine bezahlte Lebensaufstellung war, schilderte er mir einmal in einer vertrauten Abendstunde. Seine baren

Vertriebsmittel bei der Einrichtung des Geschäfts reichten gerade aus zur Bezahlung von zwei Schlachtereien. Am Sonnabend nach Geschäftsschluss machte er Kasse und „Zuventur“, indem er bei herabgelassenen Kolliden die Steigeleiter bestieg, die vorhandenen Wägen und Spediteure überhäufte und ihren



Wert abschätzte, um festzustellen, ob ihm die verbleibende Kasse nicht etwa zurückgebracht habe. Etwa 1908 ließ er sich nach dem Herkatz über, um später seine Wohnung nach der Auguststraße zu verlegen, während der Geschäftsbetrieb an der bisherigen Stelle verblieb. Wie bisher im kleinen, so wurde daraus nach und nach ein Mutterbetrieb in ausgebreiteterem Umfange. Nur das Allerbeste und das Allerneueste ist konkurrenzfähig oder der Konkurrenz überlegen. Erstklassiges Material, unbedingte Ordnung und Zuverlässigkeit und vor allem Dingen Sauberkeit bis zur Pedanterie! waren seine Geschäftsgrundsätze. Er trat in die Erziehung vom Bodenraum bis in den letzten Kellerwinkel. Liberal erkannte man das Auge das gewissenhaften Geschäftsmannes. „Das sind Dinge, in denen unser Chef keinen Spaß verleiht“, wußte schon nach acht Tagen jede Person im Betrieb. Dabei verstand er praktisch zu arbeiten wie kaum einer. Ich stand mit ihm vor einiger Zeit in seinem Schlachthaus im Gespräch über die hohe Politik; ein Schlachtereigehilfe war am Werke, ein Kind zu zerlegen, und der Meister, der den noch neuen Gehilfen beobachtete, schien mit dessen Arbeitstempo nicht zufrieden zu sein. „Pöhlst du es so seinen Kopf aus, kresse die Hemdsärmel aus, nimm den Gefellen das Fell aus der Hand, zieh auf die Hüfte müde durch die Luft, seiner verleiht auch nur um Millimeter das Ziel, nach wenigen Minuten hing Bietel an Bietel am Fleischhaken an der Wand. „So wird's gemacht!“ meinte Meister Kobelt, und indem er den Kopf wieder anzog und mit mir den Raum verließ, fügte er hinzu: „Von seinen Leuten kann man nur etwas Ordentliches verlangen, wenn man ihnen zeigen kann, was Sache ist!“ Daß ein Mann der ausgesprochenen Praxis frei von Beschränktheit und Sentimentalität ist, versteht sich von selbst; ich habe nur ein einziges mal gesehen, daß Wilhelm Kobelt sich verholten mit der Hand über das seufzende Auge fuhr. Wir saßen in der kleinen Stube am Wäpflay; der Depeschbote trat

ein — Wilhelm Kobelt erbrach das Telegramm, warf einen Blick darauf und sagte es mir ohne ein Wort: „Sein einziger Junge Bruno starb für das Vaterland...“

Wie Wilhelm Kobelt 1905 Stadterordneter wurde, wie er sich allmählich in der Arbeit auf dem Rathaus durchsetzte, wie er 1914 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt wurde, in der Kriegszeit die Lebensmittellieferung Magdeburgs mit ungewöhnlich organisatorischem Geschick praktisch erfasste und durchführte, wie er von 1919 an als erster unter den unbesoldeten Magistratsmitgliedern ein umfangreiches und verantwortungsvolles Dezernat selbstverantwortlich übernahm und glänzend vertrat, wie er die zeitgemäße Entwicklung des Magdeburger städtischen Schlacht- und Viehhofbetriebs durchsetzte und in allen Phasen förderte, ist bekannt und heute in allen andern Zeitungen zu lesen. Weniger der Öffentlichkeit kund geworden und nur seinen eigenen Freunden gegenwärtig ist die Tatsache, daß er von Kriegsbeginn an und noch intensiver fast auf das Kriegsende zu wochenlang Tag und Nacht unterwegs, in Dänemark, in Holland, in Ungarn tätig war, um Lebensmittel für die Ernährungsbehörden für die Magdeburger Herbstzuzüge und daß ihm in dieser Arbeit so bedeutame Erfolge beschieden waren, daß der stadtteilweisen Bevölkerung die Entbehrungen des Krieges dadurch wesentlich gemildert wurden.

Für die Zeit von 1907 bis 1911 war Wilhelm Kobelt Mitglied des Deutschen Reichstags als Vertreter des Reichstages Magdeburg. Es waren Jahre der Arbeit, die er in einem festen Rufarrtritt gegen den Kriegsmilitarismus wegen der jahrelangen Verhinderung der Verkaufsergebnissen in Sachen der Lebensgabe der Westfront zu Felde zog und damit bahnbrechend für die notwendige Verankerung der Wilhelmstädter Torsofrage wirkte, die kurze Zeit darauf zur Tatsache wurde, was der Stadterhaltung in vielen Jahren nicht durchzuführen gelungen war, gehört der Stadtgeschichte an. Im Reichstage war unser Freund Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei, und als solcher wurde er bekannt und befreundet mit der gesamten liberalen Linken; aber auch bei den Mitgliefern anderer Fraktionen erregte er sich seines frischen, unmaßigen Wissens und seiner praktischen Erfahrung und seiner Freimütigkeit wegen steigenden Ansehens und wachsender Achtung. Bei den Neuwahlen im Jahre 1912 unterlag Wilhelm Kobelt in heilem und vielfach erbitet geführt Wahlkampf seinem sozialdemokratischen Gegner Otto Sandberg. Am Tage nach der Wahl richtete Kobelt an den Sieger einen Brief folgenden Inhalts: „Ich beglückwünsche Sie zu dem geistern erlangten Erfolge und hoffe, daß die während des nun beendeten Wahlaufwerfes verdienstlichen Leistungen einzelner ungenügende Nachwirkungen auf das persönliche Verhältnis zwischen uns auslösen werden.“

Seiner entschiedenen freisinnigen Weltanschauung ist Wilhelm Kobelt treu geblieben auch in den wichtigsten Zeiten der Nachkriegszeit. Sein geistliches Haus in der Auguststraße verjüngte von Zeit zu Zeit aus irgendeinem besonderen Anlaße einen größeren Kreis führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Immer war er der humorvolle, lebenswürdige Wirt, und immer wachte ein Zug warmer Geselligkeit durch die hohen, schönen Räume, so daß die darin verbrachten Stunden stets zu einer Erinnerung wurden. Wenn ein namhafter demokratischer Redner in Magdeburg weilte, ließ es sich Wilhelm Kobelt nicht nehmen, ihn zu erlebter Tafelrunde als Gast zu sich zu bitten.

Am 13. August schrieb mir Wilhelm Kobelt aus Ems, daß ihm der dortige Sommeraufenthalt sehr gut bekommen sei. Verhoffentlich Mittwoch erfuhr ich in seiner Wohnung, daß er sich zur Nacht in Berningrode befände und am kommenden Dienstag nach

Magdeburg zurückkehre. Er ist wirklich an diesem Tage heimgekehrt. Aber seine Augen waren geschlossen für immer...

Wir wollen seiner in Treue gedenken!

Die demokratische Kaufmannschaft und der geschäftsführende Ausschuss hielten am Donnerstag, dem 27. Oktober, eine gemeinsame Sitzung ab, in der Stadtbürgermeister D r e e dem verehrten Kollegen K o b e l t, einem ehrenwerten Nachrufer widmete. Dürre führte u. a. aus:

Ich habe als Vorsitzender eine traurige Pflicht zu erfüllen. Unser Mitglied und unser lieber Freund, der Stadtrat Wilhelm K o b e l t, ist in unerwarteter, wo er Besserung von seinem schweren Leiden suchte, am Sonntag morgen, als ein großer Teil unserer Ausschussmitglieder eben noch auf dem Kreuzberg in Berlin weilten, verstorben. Wir haben ihm gestern das letzte Geleit gegeben. Mit ihm ist ein Mann aus unserer Reihen geschieden, der eine starke Säule zurückläßt. Ein Mann von untadeliger Gesinnung und von großer Tätigkeit. Überall, wo die Partei ihn hinrief, hat er seinen Platz nicht nur ausgefüllt, sondern mehr als das für und in unserem Sinne gewirkt. Wilhelm K o b e l t ist leider viel zu früh dahingegangen. Er war gerade hier in Magdeburg eine so bekannte Persönlichkeit, und so beliebt, daß man ohne Einschränkung sagen kann, nicht nur bei seinen engeren Parteianhängern,

sondern weit darüber hinaus hat er sich die Wertschätzung aller Bürger der Stadt erworben. Wir selber haben freudig unsere Zustimmung gegeben, als er im Jahre 1907 zu dem höchsten Ehrenamt eines Reichstagsabgeordneten vorgeschlagen wurde. So erlirnte mich noch, als er auf die Frage des in Magdeburg anwesenden Kronprinzen, ob er nationalliberal sei, erklärte, er sei n a t i o n a l und sei auch l i b e r a l, aber nicht nationalliberal. Ein treffender Humor zeichnete ihn aus. Demgemäß er schien außer seiner Reichstagsbewegung in die Öffentlichkeit getreten zu sein, so war er umso mehr in seinem ihm durch das Stadtratsamt mit übergebenen Post als Delegierter für den Schlichter und Bischof tätig. Hier hat er unermüdetes Streben geleistet und der sich erstarkende Haß des Schlichter- und Bischofs jetzt für alle Zeiten von Wilhelm K o b e l t s Taten. Aber auch die Bürgerhaft hat ihm in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für Magdeburg zu verdanken, daß die Engländer an den Toren schnell befreit wurden. Darüber hinaus hatte Wilhelm K o b e l t eine offene Hand und war äußerst gütlich. Er war zu gern frohlich mit Frohlichen, und so wird uns, die wir die Ehre hatten, mit ihm lange Jahre Schulter an Schulter zu kämpfen und zu arbeiten, sein vorbildliches Verhalten unvergessen bleiben.

Ehre seinem Andenken für alle Zeiten!

Die Gedächtnisfeier für unsern verstorbenen lieben Freund Wilhelm K o b e l t fand am Mittwoch nach-

mittag 3,30 Uhr in der Kapelle des Bischofshofes unter ungetrübter starker Beteiligung statt. Für die Trauerfeier wurden Karten ausgegeben; die gedruckte Kapelle nebst den beiden großen Belegelassen waren überfüllt. Hunderte fanden keinen Einlaß. Sämtliche Behörden, Innungen, Arbeitgeber- und Arbeitervereinigungen waren vertreten, ein Zeichen der hohen Achtung und Beliebtheit, der sich Wilhelm K o b e l t in weiten Kreisen der Bevölkerung erwarb. Die Innungen hatten es sich nicht nehmen lassen, Abordnungen mit Blumensträußen zu entsenden. Die Gedächtnisrede hielt Konfirmand Dr. V r a e m, der er das Schriftwort: „Wer sein Leben verliert, der wird es gewinnen“, der Gedächtnisrede zugrunde legte. In bescheidenen Worten schätzte er den Werdegang des Verstorbenen, der, als Sohn eines armen Arbeiters geboren, es zu hohen Ehren brachte. Oberbürgermeister D r e e m widmete dem toten Freunde einen tiefempfundenen Nachrufer. Er wies auf die unermüdete Tätigkeit Wilhelm K o b e l t s hin, der es verstanden hat, für sein Gewerbe und für die Stadt Magdeburg Unentgeltliches zu schaffen. Wenige dürften es sein, die soviel Freunde und so wenig Feinde hatten, wie Wilhelm K o b e l t. Die Stadt Magdeburg wird das Andenken ihres treuen Sohnes in hohen Ehren halten. Für die Fleischerrinnung sprach Obermeister D e r r a m der namens des gesamten Handwerks die Verdienste Wilhelm K o b e l t s für das Gewerbe hervorhob und seiner Tätigkeit in Dankbarkeit gedachte.

Die Warnung des Generalagenten

Tiefes Schweigen

Fast acht Tage hindurch hat sich das Reichsfinanzministerium in ein Schweigen gehüllt, das nicht einmal diplomatisch war. Obwohl die Presse aller Parteien auch noch so dringende eine Aufforderung, man schweige sich in allen Leben und toter Sprachen aus. Selbst die Angeriffenen deutschen Blätter auf Pariser Gilbert wegen seiner vermeintlichen Einmischung in die deutsche Finanzgebarung wurden gelassen gebildet, ohne daß man sich über die Folgen auch nur den Kopf zerbrach. Herr Dr. Köhler hatte zwar eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Dinge richtig zu stellen, als er seine große Rede zur Befolgsreform hielt, aber er hatte ausdrücklich mit den Regierungspartei vereinbart, dieses heikle Thema nicht anzutasten. Köhler lag eine Bitte des Generalagenten vor, der die Befolgsreform nicht wünschte. Es ist auch durchaus angemessen, sich an solche Vereinbarungen zu halten — solange wirklich die Dinge geheim bleiben. Das aber war nicht mehr der Fall, nachdem die Neuorg. Times in der Lage war, die Befolgsreform schon gestern mitzuteilen. Wenn man gar bekannt wird, daß diese Meldung aus einem Berliner kreditwärtigen Blatt, die Welt am Abend kommt, wo man sie allgemein übersehen hat, so mußte das Ministerium mit einer eindeutigen Erklärung vor die Öffentlichkeit treten. Die nachträglichen Mitteilungen haben nicht den mindesten Sinn, denn sie können keinen der vergifteten Pfeile, die gegen Pariser Gilbert abgeschickt wurden, mehr zurückholen. Und doch wäre es notwendig, denn jetzt stellt sich heraus, daß der Generalagent sein Memorandum sogar auf Witten des Reichsfinanzministers überreicht hat.

Dr. Köhler

Während Dr. Reichsbot ausgezeichnete Besiehungen zum Generalagenten unterhielt, ist das Verhältnis seines Nachfolgers mit Pariser Gilbert nicht das gleich erfreuliche gewesen. Auch sie haben häufig Besprechungen gepflogen, aber der Ton war ein anderer. Der Sohn des Schwarzwaldes, der aus der mittleren Karriere hervorging und durch das Zentrum sein Glück machte, wobei es zweifelhaft ist, ob es sein Glück war, besitzt nicht die weltmännliche Geschmeidigkeit Reichsbot's. Schon das hat erschwerend gewirkt. Die Kritik, die Gilbert an der Finanzgebarung des Reiches seit längerer Zeit übte, ist bekannt. Sie stand schon in dem Zwischenbericht, der vom Reparationsbüro im Sommer veröffentlicht worden ist. Welcher hat man daraus wenig, denn man beginnt sofort die gleichen Fehler, die damals gerügt wurden. So durfte man sich auch nicht wundern, daß Gilbert, der ja schließlich keine Privatperson, sondern der Sachwalter unserer Wähler ist, noch einmal und diesmal deutlicher an Pariser Köhler. Herr Dr. Köhler aber hat ihn, seine Bedenken doch schriftlich zu widerlegen. Ein Staatsmann hätte anders gehandelt, denn mit der Niedertrich bekam die Warnung viel schärfere Züge. So wurde es scheinbar zu einer Einmischung. Ein rechtsstehendes Organ behauptet, die Rufe habe den Vorgang parteipolitisch ausgenützt. Mit nichten und im Gegenteil. Die Angriffe auf den Generalagenten sind in ihrer beständigen Form vom Berliner Sozialistengericht und dem Tag erhoben worden. Das dürfte aber ein Kabinett des Reichstags nicht unter keinen Umständen dulden.

Talmi-Optimismus

Herr Dr. Köhler hielt seine große Rede zur Befolgsreform. Jede Veränderung des Finanzangelegnisses zwischen Reich und Ländern lehnte er ab. Vom Standpunkt des Reiches durchaus mit Recht. Und es war umso erfreulicher, als der frühere bawische Finanzminister mit fast partikularistischen Neigungen nach Berlin gekommen war und sich nur offenbar unter dem Eindruck von Talmi etwas befehrt hat. Aber die Veränderung sei gar nicht

nötig, behauptete er, dem die Kosten der Befolgsreform würden sich aus den Ueberschüssen der Steuern bezahlen lassen. Eine Vorsticht, zu der man nur den Kopf schütteln kann. Mögen auch vielleicht die pessimistischen Betrachtungen des Handels und der Industrie ein klein wenig übertrieben sein, auf keinen Fall hat sich die Konjunktur gebessert und wir fürchten, daß wir allen Anlaß haben, anzunehmen, daß die Dinge keine weiteren Rückschläge eintreten. Wie unter solchen Umständen eine Besserung der Reichsfinanzlage eintreten soll, ist das Geheimnis des Ministers. Wenn aber das Reich keine höheren Einnahmen erzielt, kann es auch keine größeren Beträge an die Länder überweisen. Es ist zweifelhaft, ob man sich in München Stuttgart und Karlsruhe mit diesen Verfassungen abfinden lassen wird. Der vernünftige Grundlag: Keine Ausgabe ohne Deckung, darf nicht preisgegeben werden. Damit aber leben wir wieder vor dem alten Problem des Finanzangelegnisses. Nicht alle Staaten haben so gut ge wirtschaftet wie Preußen, das wenigstens einen Teil der Befolgsreform selbst tragen kann. Herr Dr. Köhler wird also mit seinem Versuch diese Erörterung zu beenden, bis er nicht mehr im Amt ist, kaum Erfolg haben. Wahrscheinlich werden ihm schon die Verhandlungen im Ausschuss zeigen, wie trügerisch seine Vorstellungen waren.

Bedenkliche Progrei

Herr Dr. Köhler hielt eine innerpolitische Rede, obwohl er nach dem Vorgehen Wilhelms eigentlich hätte sagen müssen, daß die Finanzfrage in ganz erheblicher Weise eine außenpolitische geworden war. Er brauchte ja nur daran zu denken, daß das Memorandum nicht nur an ihn und den Kanzler, als den Chef des Kabinetts, sondern auch an Dr. Stresemann gelangt worden war. Damit hat also der Generalagent deutlich genug gesagt, daß er die Befolgsreformvorlage und alles, was an gelegentlichen Arbeiten auf finanzieller Grundlage in Aussicht gestellt worden war, als außenpolitische Angelegenheit betrachtete. So verstand es sich eigentlich von selbst, zumal, wenn man berücksichtigt, daß schon im nächsten Jahre erhöhte Reparationsleistungen zu zahlen sind, die Stimme etwas zu dämpfen. Statt dessen verbandete der Reichsfinanzminister vor versammeltem Reichstag, daß er den Etat für 1928 balancieren werde. So aus dem linken Handbelenkt heraus. Der Reichstag schwieg verblüfft. Herr Dr. Köhler handelte wie ein armer Schüler, der vor seinen Mitschülern mit der goldenen Uhr und Kette prunkt, obwohl beide nur aus Dankschuld und Wahrscheinlich verpackt er sich davon eine gewaltige Wirkung für die Verhandlungen über die Revision des Danesplans. Auf den Zertrümmerung nicht man unruhig hin und her. Dabei hatten ihm schon einige Parteifreunde in der Fraktionsitzung vorher bittere Mahnungen gesagt. Am Abend ging es dann sehr lebhaft zu. Es dürfte auch dem Minister kaum etwas nützen, daß er sich bedauernd über den Reichstag gewandt hat. Wir möchten nicht prophesieren, aber wir glauben, daß man sich bald auf die Suche nach einem neuen Finanzminister begeben wird.

Stresemann Kritik

In Regnitz hat Dr. Stresemann als Führer der Deutschen Volkspartei gelprochen, aber den Außenminister nicht zu Hause gelassen. Er nahm einzelne Besuche gegen Gilbert in Schutz. Die Befolgsreform, die eine unbedingte Notwendigkeit angeht, der nächsten Erneuerung ist und das Gele über die Reparationsleistungen. Unerlässliche Ausgaben aber müßten vermieden werden. Dazu rechnet er mit uns das Volksgeldes. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, weshalb ein armes Volk alljährlich mehrere hundert Millionen hinauswerfen soll, nur um seine Schuld zu vergrößern. Für ihre Verbesserung, und die Volksschule ist heute durchaus nicht ideal, da sie in der Mehrzahl unfähig ist, würden wir auch Ober bringen.

Aber das ist ja gar nicht der Sinn des Reichstags Entwurfs. Sie soll im Gegenteil zurücktreten, nur um die konfessionelle Spaltung in Deusch zu vergrößern und die Lehrer der Geistlichkeit auszuhebeln. Sie soll nicht die Reichsminister sein, daß unsere C b i g e r ein solches Vorgehen unangenehm lassen? Man heute schon ruhig lassen, seine Regierung leit der Republik in gleicher Weise verjagt.

Die katholischen Lehrer gegen das Schulgesetz

Herr Dr. Birth und seine wenigen Freunde, die gegen den Entwurf des Herrn von Keudell Stellung genommen haben, bekommen Unterstützung in den Reihen des katholischen Lehrerverbandes hat die Reichsminister der Wissenschaften verurteilt. Auf Seiten der Reichsminister wird es immer so dringlich, als ob in dem Schulgesetz nur Demokraten und Sozialdemokraten hätten. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders aus, was man sich eine freigeistliche Entwicklung Deutschlands will, sammelt sich auf der einen, die Orthodoxe der Religion ohne Unterschied, die Ritter und Besessenen, auf der anderen Seite. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen. Es ist einseitig nicht mehr, daß die Religionsfürsorge für die Geisteserziehung. Nur der Merkantilismus erhofft davon reiche Ernte. Der Entwurf würde nichts weiter bedeuten als daß die Lehrerschaft mit allen Schülern in den Konfessionskämpfen dem Dogma angegliedert wird. Dem 10. man nicht nur der offiziell anerkannten Kirchen, sondern auch alle Sekten, die jetzt die Möglichkeit hätten, ein Schulwesen auf Kosten der Allgemeinheit zu bauen. Es gibt dieser Sekten eine ganze Menge. In Bamern, Wuppertal, oder wie man es dort selbst nennt, dem Württemberg, hat man allein 28 geschätzt. Aber das Zentrum ist in anderer Hinsicht auf dem Irweg. Die bekannteste Schule wird einer gewaltigen Umfang gewinnen. Überall, wo das Industriegebiet zusammengebrochen ist, wird es keine Schule erzwungen. Nur ein Blinder könnte glauben, daß die Entwicklung kirchliche Wege geht. Man nicht auf das Dogma schmeißt, also alles, was 19. gionlos ist, aber auch alles, was Entwicklung innerer der Religionen will, wird dieses Gele ausnützen. Deutsche Volk aber wird immer stärker zerfallen. Darin muß der Kampf bis aufs äußerste geführt werden. Nichtslos ist er gewiß nicht.

Eine Erinnerung

In diesen Tagen sind es 10 Jahre her, daß Dr. Michaelis nach hiesigen Vertrieben aus dem Kabinett scheidet. Am 15. Juni 1917 wurde Bettman Hofmann der Obersten Seeresetzgebung gewählt. Gegen den Willen des Kaisers, der sich einem Ultimatum abendwärts beugte. Es war die Abhandlung der Monarchie. Am diesem Tag nicht erst am 9. November, ist das Kaiserium beendet worden. Auf der Suche nach einem Nachfolger verman auf Herrn Michaelis, einen kleinen Beamten, der in der Verwaltung gut bewandert hatte, aber weder parlamentarische Befähigung, noch sich in der Aufsicht auszeichnen konnte. Gute Freunde hatten ihn an leitende Stelle gebracht. Kräftig orthodoxe Kreise aus Umgebung des Kaisers. Da er kaum war, mußte alles noch geschehen. Leider hinderte ihn diese Freundschaft nicht, etwas anständig zu sein. Die Friedensverhandlungen vom 19. Juli verbot er durch sein Wort: wie soll es so fassen. Die Sendung des Diktators Parzell hat er zumut gemacht. Wir wissen heute aus keinem Briefwechsel die Kompromisse, daß er gar nicht daran dachte, sich in der Regierung zu verziehen, obwohl er sich anstandslos die Politik bestimmte. Und als er endlich feht, nachdem er drei Monaten unermüdeten Unheil angezettelt hatte, die Greuelhaftigkeit des Grauen Soldaten aus dem Feld. Es ist sehr notwendig, an die Vergangenheit zu denken.

Der Reichsschulgesetzentwurf

Vortrag des Herrn Staatspräsidenten a. D. Prof. Dr. Hummel, M. d. R.
gehalten am 23. Oktober 1927 in der Liberalen Vereinigung zu Berlin

Der bekannte demokratische Reichstagsabgeordnete und frühere bayerische Kultusminister und Staatspräsident Dr. Hummel hat auf Einladung der Liberalen Vereinigung Berlin am letzten Sonntag in öffentlicher Versammlung über den Reichsschulgesetzentwurf gesprochen. Diese bedeutungsvolle Rede lasen wir hier folgen.

Seine Damen und Herren! Einige Sätze des Herrn a. D. Hummel haben gezeigt, daß man diesen Reichstagsentwurf nicht aus der Betrachtung der politischen Situation selbst herausnehmen kann. Es ist deshalb, glaube ich, die beste Gelegenheit, in der Liberalen Vereinigung die Frage zu haben, die politische Situation, die mit diesen im Zusammenhang steht, in einer übersichtlichen Betrachtung zur Kritik heranzuziehen.

Wenn wir die Gefahren, die mit diesem Reichsschulgesetz verbunden sind, beseitigen wollen, so ist es notwendig, daß wir bis zu ihren Quellen zurückgehen. Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach

dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

Ich habe mich in dieser ganzen Zeit lebhaft an Sie erinnert, in denen die Bestimmungen der Reichsschulgesetz die Schule und das Weimarer Schulgesetz nicht zum Besten kommen sind. Es waren nicht nur die Kultusminister der Simultanländer, sondern eine Reihe von warmherzigen Freunden des deutschen Schulwesens, die damals wiederholte Male nach dem Reichstag gekommen, um die Liberalen und demokratischen Gruppen auf die Gefahr hinzuweisen, die darin bestand, in der Reichsverfassung die Bestimmungen über das Schulwesen durch ein Kompromißgesetz zwischen der Demokratie und dem Zentrum gelöst werden könnten, das ganze Recht die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen, die gesamte Bevölkerung vor dem Reichstag zu stellen.

öffentlichen Meinung seien, nimmere die Bestimmungen der Reichsverfassung bezüglich des deutschen Schulwesens auszuführen.

Aber, meine Damen und Herren, das scheint mir bei der Debatte über die ganze Frage viel zu wenig erkannt worden zu sein, daß wir vor einer Mächtigprobe stehen, vor einer Mächtigprobe zwischen der Geltung des laienlichen Rechtes und des Staatsrechtes in Schuldingen. Denn in Wirklichkeit ist ja die Karole, die in vielen Kreisen heute noch die Grundlage der Debatte bildet, die Karole „Konfessionsschule oder Simultan- oder weltliche Schule“ weit überholt. Wir stehen vor einer viel härteren Kontroverse in diesen Dingen. Es läßt sich ja zwar nicht leugnen, daß für den Liberalismus das Problem „Konfessionsschule oder Simultan- oder weltliche Schule“ ein sehr wichtiges ist, und daß wir im Kampf um die Simultan- oder Konfessionsschule in den verschiedenen deutschen Ländern, welche die Einführung der Simultan- oder Konfessionsschule in Deutschland nicht hat verhindern können. Wir alle wissen, daß die Simultan- oder Konfessionsschule mit konfessionellem Religionsunterricht und mit Verehrung von Schülern und Lehrern vom Religionsunterricht an und für sich die wünschenswerteste Schulform ist. Ich möchte auch hinzufügen, daß ich die Auffassung des Herrn Grafen Dohna über die religiöse Schule teile, und ich würde, wenn ich aufgefordert stände, meine Kinder schon lieber in den Religionsunterricht schicken, als sie mit solchen Dingen belegen zu lassen, wie sie bei einer solchen Art von Religionsunterricht in der Schule doch nur vorgelesen werden können. Aber wie diese Regelung in Deutschland auch sein möge, ob Simultan- oder Konfessionsschule, so waren für das Schulgesetz in Deutschland doch gewisse wichtige Grundlagen vorhanden, die jetzt durch diesen Entwurf in ihren Grundzügen erschüttert werden. Welche Art von Schulen in Deutschland auch bestand, immer war die Grundlage das staatliche Organisationsrecht im Schulwesen und, was wichtiger ist, die Verhältnisse in all diesen Schularten waren staatliche Verhältnisse, und die Lehrbücher, die Lehrer waren staatliche Lehrer, ausgebildet in Staatsinstituten, und in ihren staatsbürgerlichen Rechten und in ihrer Gewissensfreiheit durch den Staat geschützt.

Diese Art von Staatschulen ist ja offensichtlich das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung gewesen. Wir wissen, daß die Staatschule von der höchsten Form ist, die es gibt, und alles, was wir an wissenschaftlichen und geistigen Fortschritten im letzten Jahrhundert erreicht haben, steht und fällt mit der staatlichen Einrichtung des Schulwesens. Schon die Einrichtung der Gemeindefschulen ist eine wesentlich niedrigere Schulform, wenn man auch zugeben muß, daß dort, wo ganz große Gemeinden sich mit Interesse des Schulwesens angenommen haben, auch viel geleistet wurde. Ein Bild, das aber schon ein anderes Gesicht bekommt, wo es sich um Dorf- und Landgemeinden handelt, und wo die Verhältnisse in den Bewohnungen wesentlich rückfälliger waren. Das reine Elternrecht hat eigentlich nur in der Jetztzeit bestanden, und auf diese Jetztzeit geht der „Kleinliche Entwurf“ — man muß sagen, veranlaßt durch die Reichsverfassung, — zurück. Wir sollen also in Deutschland die Kultur wieder von Anfang an beginnen.

Ich glaube, daß die Wirkungen, die bei der Einführung dieses Schulgesetzentwurfes eintreten würden, nicht scharf genug erkannt sind, worüber ich deshalb, weil eine Reihe von Wirkungen ja erst im Laufe der Zeit, vielleicht von Jahrzehnten, eintreten würde. Man muß unterscheiden zwischen dem, was sofort eintritt, und zwischen den Wirkungen, die auf lange Sicht bedacht sind.

Was sofortige Wirkung wird das Organisationsrecht für das Schulwesen dem Staat entgegen. Wir dürfen uns gar nicht der heutigen Lage lassen durch Verwirrungen aus rechtlichen Kreisen, die man jetzt hin und wieder hört, die Dinge werden ja gar nicht so schlimm werden, man würde sich natürlich auch abzumenden versuchen, und ähnliche beruhigende Erklärungen. Der Staat gibt in Wirklichkeit das Organisationsrecht an den Schulen, ein der höchsten Souveränitätsrechte, preis mit diesem Gesetzentwurf. Es wird ein Unterschied geschaffen zwischen Erziehungsberechtigten und den sogenannten Mindererziehungsberechtigten. Allen denen, die nicht erziehungsrechtlich sind, wird das Recht des Mindererziehungs über die Organisation des Schulwesens in Deutschland völlig entzogen, und wenn man nicht besondere Bestimmungen treffen würde, so würde z. B. sämtlichen weltlichen Lehrkräften, die nicht verheiratet sind, das Recht, mitzureden, entzogen. Alles dadurch, daß man den Begriff Elternrecht in den Entwurf hineinsetzt, das Elternrecht, da ja praktisch auch nur ein Mutterrecht wäre und in letzter Linie eine Diktatur der Geisteslosen. Aber der Preis, der dem Zentrum und der katolischen Kirche in Deutschland winkt, ist ihm ja wichtig, das man bedeutende Forderungen und Grundzüge aus der katholischen Kirche dabei preisgibt. Es ist schon vorher darauf hingewiesen worden, daß der wirtende Preis dem Zentrum so wichtig ist, daß man in diesem Entwurf, um einmal einen Merkmalen den Ausdruck zu gebrauchen, durch die Herabsetzung der weltlichen Schule die Kinder dem Zentrum preisgibt. Es ist sehr bedauerlich, daß auch der ganze Protestantismus, der auf dieser Seite der Zentrumsforderungen steht, sich auf denselben Bahnen bewegt.

Aber, meine Damen und Herren, die Wirkungen, die auf lange Sicht bedacht sind, sind viel schlimmer und müssen uns stark zu denken geben. Das nächste, was eintreten wird, ist eine Konfessionalisierung der Lehrpläne, die Einführung einer konfessionellen Auffassung aus aller weltlichen Fragen, einer konfessionellen Auffassung nicht nur des Geschichtsunterrichtes, sondern vor allem auch des naturwissenschaftlichen Unterrichtes. Ich möchte nur daran erinnern — in Anbetracht des bekannten Prozesses, der in Amerika stattgefunden hat, biologische Grundausbildung — zu welchen Konsequenzen so etwas führen kann. Wir werden eine konfessionelle Färbung der Lehrbücher erhalten und damit, so kann man sagen, auch geistlichste und naturwissenschaftlichste Gebiet die Schaffung einer Schulliteratur, von der man sich heute noch gar keine Vorstellung machen kann. (Schluß folgt.)

Demokratische Abänderungsanträge zum Schulgesetz

Die Forderungen grundsätzlicher Art.

Die Vertreter der demokratischen Reichstagsfraktion im Bildungsausschuß, Frau Dr. Gertrud Bäumer und Adolph Haase haben nunmehr die ersten demokratischen Abänderungsanträge grundsätzlicher Art zum Reichsschulgesetz eingebracht.

Im Bildungsausschuß werden zunächst die grundsätzlichen Fragen in einer Generaldebatte besprochen. Diese Fragen werden zuerst die Stellung der Gemeindefschulen, sodann die Schulformen an sich und drittens die Einbringung des Artikels 149 der Weimarer Verfassung in das Gesetz, jenes Artikels also, der die Fragen des Religionsunterrichtes behandelt.

Die Anträge der demokratischen Reichstagsfraktion beziehen sich zunächst auf diese grundsätzlichen Fragen, d. h. auf die Heberhebung und auf die Paragraphen 1 und 2 des Reichsschulgesetzes. Die Anträge verlangen, den Artikel 149 aus der Heberhebung zu streichen. Diese Bestimmung wird dadurch begründet, daß der Artikel 149 der Verfassung sich einerseits nicht nur auf Volksschulen bezieht und andererseits noch ganz andere Forderungen enthält, als die Vorstufe über den Religionsunterricht. Außerdem gibt der Artikel 149 die Möglichkeit, die Vorstufe zu regeln. Bei der großen Verschiedenheit der Voraussetzungen ist das auch weitest zweckmäßiger. In dem § 1, der allgemeine Bestimmungen über die gemeindefälligen Aufgaben der Volksschule enthält, will die demokratische Reichstagsfraktion entsprechend Artikel 148 der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht sehen, daß die Erziehung der deutschen Jugend „im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverbrüderung“ erfolgen soll, dagegen trägt sie Bedenken, die Worte „in Unterweisung, Ergänzung und Fortbildung der erteilten Erziehung“ stehen zu lassen, weil dadurch die Schule in der Selbstständigkeit ihrer Erziehungsaufgabe herabgedrückt wird.

Den entscheidenden § 2 des Gesetzes beantragt die demokratische Reichstagsfraktion wie folgt zu fassen:

1. Die Volksschulen sind Gemeindefällige Schulen, sofern sie nicht nach anderer Bestimmung dieses Gesetzes Gemeindefällige oder Gemeindefreie Schulen sind oder werden.

Es gibt daher folgende Formen der deutschen Volksschule:

- a) die nach Verhältnissen nicht getrennte Volksschule, (Gemeindefällige),
- b) die Gemeindefreie Schule,
- c) die Gemeindefreie Schule (weltliche Schule).

Durch diese Fassung wird zweierlei festgelegt: 1. die Vorrangstellung der Gemeindefälligen Schulen, 2. die Forderung, daß Gemeindefällige Schulen dieses Gesetzes in keinem anderen Sinne konfessionell sein sollen, als die heute bestehenden („Leibens“).

Die demokratische Reichstagsfraktion wird sich in weiteren Anträgen dafür einsetzen, daß eingebendere Bestimmungen der Konfessionsschule unterbleiben. Sie beantragt, den Satz im Reichsschulgesetz zu streichen: „Diese Schule ist — unabhängig des Artikels 146, 1 der Reichsverfassung — im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben.“ Die demokratische Fraktion ist natürlich nicht der Meinung, daß der konfessionellen und weltlichen Schule ihr verfassungsmäßiges Recht verweigert werden soll, aber sie meint, daß das Ausmaß ihrer Entwicklung durch das Gesetz selbst bestimmt wird und ein Satz wie dieser, auch mit seiner inoffiziellen Anspielung auf Artikel 146, 1 der Verfassung nur verwirren kann.

Gegen die Preiserhöhungen

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände hat an den Reichstagler eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Die Preisentwertung nach oben hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eine besondere Verärgerung erfahren, so daß vor allem die Preise für die Güter und Waren des allgemeinen Konsums um mehr als 15 Prozent gestiegen sind. Dabei haben wir mit besonderem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß gerade die Nahrungsmitteleisen besonders von dieser allgemeinen Preissteigerung betroffen sind. Kartoffeln, Milch, Brot und Fleisch weisen sogar in diesem Jahre eine Preissteigerung von mehr als 20 Prozent auf. Dazu kommt die Erhöhung der Preise für Mieten, so daß sich die allgemeine Lage der deutschen Verbraucher in den letzten Monaten katastrophal verschlechtert hat. Der deutschen Arbeiter und Angestellten hat sich infolgedessen eine lebhafteste Beunruhigung bemächtigt. Der Vorstand des Gewerkschaftsrings erwartet, daß die Reichsregierung mit großer Entschlossenheit dieser unheilvollen Preissteigerung entgegentritt, um größeren Schaden für Volk, Staat und Wirtschaft zu vermeiden.

Der Preußentag der Demokraten

Falks Rechenschaftsbericht

Der Hauptantrag, der Generalantrag der Rechten hat sich in der Nachbetrachtung aus guten Gründen immer gegen Preußen gerichtet. Nachdem die Deutsche Volkspartei in Preußen die große Koalition geknüpft und sich selbst ausgeschiedet hatte, blieb in Preußen die Weimarer Koalition. Schwere Tage hat diese Koalition durchleben müssen und, besonders im Anfang, schien ihr Bestand manchmal gefährdet, aber die Koalition hat gehalten. Und als der Reichstag nicht mehr stand, als die Kommunisten nicht mehr geschlossen mit der Rechten stimmten, bemüht sich der vordere Doffer die Entschädigung. Zwischen aber ist die Arbeitsgemeinschaft der drei Regierungsparteien enger geworden, die Weimarer Koalition hat sich bewährt. Die Weimarer Koalition ist in Preußen über die Parteipolitik hinaus von staatspolitischer Bedeutung. Davon zeugt die sachliche Arbeit, die geleistet worden ist. Die Weimarer Koalition in Preußen bedeutet Verknüpfung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sie bedeutet eine Veranschaulichung der Politik. Gewiß hat es Konflikte und Schwierigkeiten gegeben, aber bis jetzt konnten alle vorhandenen Gegensätze ausgeglichen werden. Am schwierigsten war die Situation vielleicht beim Schulgesetz, aber auch hier war, das muß objektiv anerkannt werden, der Wille zum Ausgleich vorhanden, daß die Abänderungsanträge Preußens die Demokraten nicht wohl befriedigen konnte, ist selbstverständlich, aber die Koalition ist in Preußen nicht darüber verzweifelt und die Hoffnungen der Deutschen Nationalen, daß dieses Schulgesetz in Preußen das Sprachrohr für die Koalition sein sollte, diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Die Koalition steht und die Koalition wird in den Wahlkampf gehen. Die Demokraten haben ihre Anhänger in Preußen zusammengeführt, um vor dem letzten Landtagswähler als Vorbereitung zur Wahlarbeit einen Rechenschaftsbericht abzulegen. Die Preußentage der Demokraten ist aus allen preußischen Anstalten überaus reich besetzt worden. Und als der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Juliuszart Falk, den Preußentag im Plenarsaal des Landtages eröffnete, konnte er in dem Saal der mit den Reichsräten und preußischen Herren geschnitten war, eine überaus zahlreiche Versammlung begrüßen. Auf der Ministerbank saßen die preußischen Minister Höpfer-Vishoff und Dr. Schreiber. Von Seiten des Reichsratsvorstandes nahmen die Abgeordneten Koch, Erkelenz, Dr. Fischer, Dr. Bäumer und Dr. Hieber an der Tagung teil. Außerdem bemerkte man zahlreiche höhere preussische Beamte, u. a. die Staatssekretäre Abegg, Schlenker, und von Seefeld. Außerdem nahm Oberbürgermeister Wöh an den Verhandlungen teil.

Der Parteitagssprecher Juliuszart Falk begrüßte unter lebhaftem Beifall den Reichsminister Dr. D. Koch und den früheren württembergischen Staatspräsidenten Hieber. Reichsminister Dr. D. Koch beehrte darauf den Preußentag als eine gegenwärtige Notwendigkeit und bekannte sich dann als ein überzeugter Anhänger des Einheitsstaates. Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung wies er die von dem Reichsminister des Innern von Reubell auf dem letzten deutschnationalen Parteitag in Königsberg aufgestellte Behauptung zurück, daß vor dem Kaiser, das Reich und die Ehre verloren hätten. Richtiger nur, daß vor dem Kaiser verloren hätten und zwar nicht nur äußerlich, sondern innerlich. Das vor das Reich zu verlieren haben, das hätte eigentlich aus Herz von Reubell als Reichsminister in seiner bereits mehrmaligen Amtszeit nicht entbehrt haben müssen. Das deutsche Volk hat sich nach dem Zusammenbruch freier erwiesen, als jemals nach einem Zusammenbruch der deutschen Fürsten. Die gegenwärtige Reichsregierung tut zur Kräftigung dieses Reiches und Volkes nicht viel; sie ist eine Regierung der Unfruchtbarkeit. Eine solche Verzögerung in der Klärung der

Rheinlande wäre nicht eingetreten, wenn die notwendige, in Genf verfolgte Außenpolitik nicht durch unermüdete Reden im Lande labotiert worden wäre. Tief bedauerlich ist auch die Verschlechterung des Verhältnisses zum Reparationsagenten, eine Verschlechterung, an der Reichsfinanzminister Dr. Köhler nicht ohne Schuld ist. Die Verhältnisse, die durch das Schulgesetz in das Volk getragen wird, kommt auch auf das Konto der Reichsregierung, von der das Volk bei den Wahlen hoffentlich sagen wird: einmal und nicht wieder.

Landtagsabgeordneter Merten begrüßte die Verammlung im Namen der Berliner Parteioffizianten und dann nahm Juliuszart Falk das Wort zu seinem großen Rechenschaftsbericht über die demokratische Politik in Preußen in der letzten Jahre. Die demokratische Landtagsfraktion hat die Pflicht, sich auf dem letzten Boden der Verfassung zu stellen, einmal aus ihrer liberalen heftigsten Stellung heraus, zum anderen aber auch aus allgemeinen vaterländischen Gründen. Falk schilderte sodann die parlamentarische Lage, wie sie sich im Jahre 1924 abzeichnete. Damals hat kein innerer Grund vorgelegen, die Große Koalition zu Bruch gehen zu lassen, die Führer der Volkspartei Campe und von Richter haben selbst erklärt, daß man mit den Sozialdemokraten Braun und Evering arbeiten könne. Was damals geschah, das war die Vorbereitung zu den Dingen, die sich in diesem Jahre im Reich ereignet haben; damals geschah die Annäherung der Volkspartei an die Deutschen Nationalen, und das war der Verzicht, das Steuer mit einem Schlag von links nach rechts herumerzuwerfen. Die Demokraten bedauern es, daß hervorragende Führer der Deutschen Volkspartei, die für Preußen und für Deutschland positive Arbeit leisten können, zur unfruchtbarsten Opposition verurteilt sind. Heute aber liegt es so, daß die Regierungskoalition in Preußen nicht geworden werden kann, so lange die drei Regierungsparteien vor der Regierung stehen. Die Hoffnungen der Rechtsparteien sind somit gestorben.

Falk wies dann auf das ausgezeichnete Zusammenarbeiten der Preussischen Landtagsfraktion hin, die während der Zeit ihres Bestehens nur einen schweren Verlust erlitten hat, den von Hugo Preuss. Bei der Nennung dieses Namens erhebt sich die Versammlung und Falk dankt dafür, daß die Versammlung auf diese Weise den Schöpfer der Weimarer Verfassung geehrt haben.

Alsdann gibt Falk ein großzügiges Bild über die preussischen politischen und parlamentarischen Arbeiten. In der Parteienabstimmung hat es die erste Revolutionsregierung verstanden, die richtige Regelung durchzuführen. Nachdem die Verfassung verabschiedet war, hatten die Richter über die maßlosen Ansprüche der früheren Herrscher zu entscheiden. Nachdem auch das Volksbegehren ge scheitert war, blieb keine andere Wahl als diese: entweder ein Vergleich und damit die Beilegung dieses völkerverletzenden Streites, oder die Gefahr, daß die Richter dem verarmten Volke alles abräumt. Wenn die Fraktion wieder zu entscheiden hätte, würde sie wieder den Vergleich wählen, den der demokratische Finanzminister Dr. Höpfer-Vishoff annehmbar gehalten hätte. Der Redner schilderte danach die finanzielle Unfähigkeit der Länder vom Reich. Velleit würde so gegen den Willen der Richter des preussischen Finanzvergleiches die Länder für den Einheitsstaat reif. Gegenüber den Klagen über die Belastung durch die Staatsrenten und durch die Realsteuern müsse immer wieder betont werden, daß das Reich den Ländern die Steuern nicht vorzuziehen hat. In den Sorgen um den Reichsausgleich kommen in Preußen noch die des Ausgleichs zwischen Staat und Gemeinwesen. Die gegenüber den Ländern das Reich den Primat hat, so muß bei Staat und Gemeinden der Staat zunächst seine lebensnotwendigen Mittel erhalten. Antraggeber ist

es, daß als einzige Erwerbsquellen die Gemeinden in nur noch die Realsteuern und ihre Werkstoffe haben, durch wirkt die Gebietsverteilung vor allem für die Klein- und mittleren Betriebe wie eine zweite Reichseinkommensteuer. Falk sprach sich grundsätzlich für eine Steuererleichterung aus, aber er läßt lebhaften Kritik an dem länglichen Entwurf des Reichsfinanzministers Köhler schilderte alsdann die Arbeiten zur Vermögensreform in Preußen und forderte die Aufrechterhaltung der Verwaltung der Gemeinden. Notwendig ist weiterer Reform des Beamtenrechtes; in der nächsten Zeit wird Vorlage verabschiedet werden, wonach das Verfallsprinzip übergeben der Richter öffentlich sein soll; was die Richter recht ist, ist für die übrigen Beamten b und von demokratischer Seite werden in dieser Hinsicht Vorschläge gemacht werden. Weiteres werden die Demokraten auch helfen zu dem Zweck über die preussische Wohnreform. Wenn es aber überhaupt möglich ist, die Wohnreform in Preußen ohne Steuern durchzuführen, deshalb, weil der demokratische Finanzminister Höpfer-Vishoff eine vorläufige Finanzpolitik getroffen hat, weil er nicht so handelt, wie jener Reichsminister, der einer großen Vorlage sich um die Deckungsmittel nach nicht kümmert, sondern nur erklärt: Die Kom muß die Wirtschaft tragen.

Nachdem dann noch Juliuszart Falk die Stellung Fraktion zur Groß-Hamburg-Frage dargelegt hatte, erklärte er zur Frage eines Landesparlamentarismus: In Preußen besteht seit über hundert Jahren ein Sonderrat. Es ist nötig ist, mit Rücksicht auf den tatsächlichen politischen Bestimmungen einzufügen, etwa über die Wende der Wähler oder über die Schaffung neuer Wähler so werden die Demokraten dem nicht entgegen sein. Die Wahl von Wählern müssen die Rechte der Demokratie wahr bleiben. Wenn aber weiter unter Preussische Staatshoheit kirchenpolitische Dinge geordnet werden sind die Demokraten dafür nicht zu haben. Und wenn sich Bestimmungen über die Schule zwischen dem Staat und dem Staate festgelegt werden sollen, so wird kein demokratischer Minister und kein demokratischer Landtagsabgeordneter zu haben sein. Falk schloß mit einem begeisterten Hinweis auf das großpreussische und einige Vaterland. Anschließ an das Referat fand dann eine eingehende Diskussion statt, bei der u. a. die Wöhring, Frau von Bäumer und Oberbürgermeister Voß (Berlin) sprachen.

Die Arbeiten der preussischen Minister

Dr. Schreiber und Höpfer-Vishoff sprechen.

Die Sonntagsverhandlungen der Demokratischen Parteitagung begannen mit zwei ausgezeichneten Darstellungen der beiden demokratischen Minister in Preußen, des Reichsministers Dr. Schreiber und des preussischen Finanzministers Höpfer-Vishoff. Während Dr. Schreiber die Fragen der Wirtschaftspolitik vornehmlich behandelte, erörterte Höpfer-Vishoff die Finanzpolitik und insbesondere die Finanzpolitik Preußen in ihren Auswirkungen auf das Reich und die Reichspolitik.

Der preussische Handelsminister wies einleitend auf hin, daß der fruchtbarste gezielte Realisationsplan Jahre 1922-23 notwendig ist zu erklären für den wirtschaftlichen Hoffnungslosigkeit, die sich seit der Krise bemächtigt hat. Neben der allmählichen Geltendmachung unserer Produktionskraft hat sich auch eine politische Verknüpfung herausgebildet eingestellt. Das Gesamtverhältnis der Wirtschaftslage nach der Stabilisierung der Währungs war der Schwund des flüssigen Betriebskapitals und die Aufhebung unserer Produktionsapparates. Der Mangel Betriebs- und Generierungskapital ist inzwischen die Bedingung des Sparplans und durch auch

Die Arbeit der Ausschüsse

Am Sonntagvormittag traten im Preussischen Landtag eine Reihe demokratischer Parteiausschüsse zusammen, die sich im Zusammenhang mit dem demokratischen Preußentag mit den wichtigsten politischen Problemen beschäftigten. Es tagten u. a. der Beamtenauschuß, der kommunalpolitische Ausschuß, der Mittelstandsauschuß, der Wohlfahrtsauschuß und der demokratische Landtagsfraktionsauschuß.

Am kommunalpolitischen Ausschuss, der unter dem Vorsitz des Juliuszart Falk-König stattfand referierte der Landtagsabgeordnete Gieseler über das Städtebaugesetz. Er schilderte weiterhin den Stand der Beratungen der Städteordnung und Landgemeindeförderung, und erörterte die Ausschüsse der Verwaltungsreform in Preußen. Juliuszart Falk-König behandelte das Thema der Selbstverwaltung der Gemeinden und wandte sich gegen jede weitere Einschränkung der Selbstverwaltung. Weiterhin wurde noch die Frage des Finanzvergleichs behandelt. An der Aussprache beteiligten sich Oberbürgermeister Dr. Cuno und Dr. Wagner-Verslau. An der Tagung nahmen u. a. der demokratische Ehrenbürger von Berlin, Stadtverordneter Kommerzienrat Hamburg und Stadtkämmerer Rosenow teil.

Am Mittelstandsauschuß, dessen Verhandlungen von Landtagsabgeordneten Ehrenobermeister Krieff-Kaßel geleitet wurden, erörterte Reichstagsabgeordneter Staatssekretär Dr. D. Deter Meyer die Steuer-, Handels- und Wirtschaftspolitik im Reich, in den Ländern und den Gemeinden. Seine Ausführungen gliederten in einem Referat zu einer liberalen Wirtschaftspolitik. Der Redner wies u. a. darauf hin, daß auch die Entzerrung für einen kräftigen wirtschaftlich gesunden Mittelstand, in dem sich die Deutsche Demokratische Partei

von keiner anderen überreifen lasse, als Unterstützung der freiwirtschaftlichen Wirtschaftsanforderungen der Partei zu bewerten. Die Übergriffe der Träger öffentlicher Aufgaben in die politische Wirtschaft machten immer wieder das Eintreten für die Freiheit der Wirtschaft notwendig. An der Aussprache beteiligten sich u. a. der Landtagsabgeordnete Courty-Bohm, Goll-Frankfurt am Main, Reichsminister Dr. D. Dr. Gothein und der Reichstagsabgeordnete Vorsitzender Königsberg. In der Aussprache wurde auch die Auswirkung der Beamtenbesoldungsreform, der Verbefassung durch die Schulgesetzvorlage und der verhängnisvollen Steuervereinfachungs-Vorlage des Reichsfinanzministers Dr. Köhler auf das Gewerbe und Handwerk erörtert.

Der Wohlfahrtsauschuß.

Hieß eine Tagung unter dem Vorsitz der Landtagsabgeordneten Frau Vishoff als Landtagsabgeordnete. Harzmann sprach über eine Reihe sozialpolitischer Angelegenheiten und wandte sich insbesondere gegen eine Übertragung sozialpolitischer Aufgaben des Landesministeriums an das Wohlfahrtsministerium. Der Redner teilte weiter mit, daß eine vermehrte Einstellung von Gewerbe-Kontrolluren aus dem Arbeiterstande stattgefunden habe und daß sodann hervor, daß die Demokraten stets für die Gleichstellung der weiblichen Gewerbeaufsichtsbekanntem eingetreten seien. Frau Dr. Köhler hielt alsdann ein ausführliches Referat über Wohlfahrtspflege des Reichstages. Sie schilderte im besonderen die Bemühungen der Demokratischen Fraktion um das Zustandekommen eines Kleinrentnererzorgungsgesetzes.

Am Beamtenauschuß

des Preußentages, der durch ein ausführliches Referat des Landtagsabgeordneten Barcheld (Hannover) eingeleitet wurde, nahm auch der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Vishoff das Wort. Er betonte, daß die Stellenänderungen in der

Beamtenbesoldung, Verringerung der Aufwandsstellen, Festlegung der Besoldung, Einführung von Zulagen, in meinstimmiger Arbeit mit der Reichsregierung durchgeführt in der sei. Es sei nicht richtig, daß die Beamtenbesoldung D Stellenänderungen ablehne. Die Neuerungen seien von ein großer Teil der Beamtenhaft gewöhnlich zu den. Möglicherweise Gründe haben zur Stellenänderung geführt. Das Aufwandsystem habe Folge gehabt, daß die Beförderung nicht nach dem Die alter erfolgt sei, sondern von dem zufälligen Befehlen Vordermannes abhängig gewesen sei. Die Gehaltsfestlegung habe geführt, daß vielfach ohne ausreichendes Gehalt Aufwands- und Beförderungstellen geschaffen worden seien. Die Gewährung von Zulagen habe den Vorteil, die Zulagen den Beamten in vollem Umfang ohne Rücksicht des Staatsetats zuteil werden. Der Minister warnte daher den Aufstieg der mittleren Beamten lediglich in der Beförderung zu suchen. Ebenso wichtig sei es, mittel Beamte in die Stellen des höheren Dienstes zu übernehmen. In seinem Ministerium seien sieben Referentenstellen zu mittlere Beamte besetzt, die sich durchwegs bewährt hätten. Auch draußen im Lande müsse man noch mehr mittlere Beamte zu Regierungs- und Landräten machen. Die Regaggründungs- und Schulräte würden schon heute zu einem heftigen Teil aus den Kreisen der Volkshilfsleiter kommen. Der Finanzminister führte weiter aus, daß die Beförderung nach den Vorausgaben berechnet, 16 bis 20 Prozent ausmache. Der gesamte Aufwand betrage für Preußen 193 Millionen Mark. Preußen sei nicht in der Lage diese Kosten allein zu tragen, aber es sei bereit, den großen Teil der Mehrausgaben aus eigenen Kräften zu decken. Auch diese würde nicht möglich sein, wenn Preußen nicht in den vergangenen Jahren eine vorläufige und partielle Finanzpolitik getrieben hätte. Eine Beförderungserhöhung wäre gescheitert, wenn Preußen nie manche anderen Vorschläge für untragbar erklärt haben würde.

Wische Anzeichen gemindert, aber noch keineswegs behoben worden. Erschwert wurde die für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung notwendige Kapitalbildung durch übermäßige Steuern namentlich in der Vera Lufferschele. Die Erholungsphase die der Damesplan bis zur Erreichung der Normalleistung für die deutsche Wirtschaft vorzusehen hatte, ist nicht voll ausgenutzt worden, zumal das Anfrachten eines hohen Zollaufs von Abhängig geeigneter Handelsverträge zu einer Verschärfung für das deutsche Volk an die Reparationsgläubiger in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark geführt hat. Der übertriebene Produktionsapparat hat durch den Zusammenbruch leistungsfähiger Betriebe und durch die Rationalisierung eine Zusammenziehung erfahren. Selbst würde sich auf den Arbeitsmarkt zunächst außerordentlich unzulänglich aus, bis der englische Vergaberstreit und die ersten Schritte der Rationalisierung zu einer Wirtschaftsebelebung führten. Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage ist teils sehr bedrückend, wenn man bedenkt, daß wir in Deutschland jetzt eine um mindestens 10 Prozent größere Bevölkerungsdichtigkeit haben, als vor dem Kriege, und daß die Zahl der Erwerbstätigen in einem noch härteren Verhältnis gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen ist. Die Kaufkraft des inneren Marktes ist gefährdet worden und die Konsumfähigkeit des deutschen Volkes wird durch die so bringende notwendige Erhöhung der Beamtensolden weiter gesteuert werden, wenn auch zunächst ein wesentlicher Teil der Aufbesserung zur Abdeckung von Schulden in Anspruch genommen wird.

Der preussische Handelsminister gab dabei der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die notwendigen Maßnahmen für die Beamtensolden nicht etwa durch neue Steuererhebungen gewonnen werden, weil die dadurch folgende Verteuerung der Produktion nur dahin führen könnte, daß der Beamtensold von dem, was ihr jetzt gebührt werden soll, ein Teil wieder entzogen würde.

Die allgemeine Wirtschaftsbewegung hat sich leider nur auf dem Binnenmarkt vollzogen. Der steigende Export ausländischer Rohstoffe bei gleichbleibender Ausfuhr muß sich in einer zunehmenden Auslandsverschuldung auswirken. Die für Zwecke des Konsums nicht erwünscht ist. Die Entwicklung unserer Handelsbilanz war im letzten Jahre wenig befriedigend. Was den bisherigen Monatsergebnissen, können sich für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr nur mit einer geringen Ausnahme des Ausschusses rechnen. Demgegenüber wird die Einfuhr in diesem Jahre das vorjährige Ergebnis um mehrere Milliarden übersteigen, und damit die Höhe der Vorkriegseinfuhr unter Berücksichtigung des veränderten Wertes und der Gebietsveränderung Deutschlands etwa erreichen. Wir müssen mit allen Mitteln dahin streben, unsere Handelsbilanz zu verbessern, die mannigfachen Hemmnisse, die den internationalen Güterausgleich erschweren, müssen nach Möglichkeit beseitigt werden. Den Erfolg Verhandlungen, die jetzt geführt werden, ist voller Erfolg zu wünschen. Dabei wird auch die deutsche Wirtschaft erkennen müssen, daß diese kein dauerndes Heilmittel sind. Sie haben vielmehr eine gewisse Bedeutung als Ergänzungsmittel, aber jede Erzielung muß auch einmal ein Ende haben. Mit unseren Handelsverträgen sind wir nicht so schnell voran gekommen, als wir es gewünscht hätten. Die Möglichkeit, auf längere Zeit hinaus zuverlässig zu disponieren, — Möglichkeiten, die die Handelsverträge geben — ist für den Kaufmann bisweilen wichtiger als die Zollfrage selbst.

Der Handelsvertrag mit Frankreich ist nun zum Abschluß gekommen. Hauptsächlich führt dieser Vertrag aus zu einer vollständigen Annäherung. Welcher haben wir noch keine Grund und Lage erränge mit wichtigen anderen Nachbarländern, insbesondere noch nicht mit Polen. Der Einbruch, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, das hier parteipolitische Hemmnisse hindern im Wege stehen. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß Polen und Waren anbieten, von denen wir selbst im Inland genug produzieren. Die Wünsche dieser Waren ist nur möglich, wenn uns ein Ausgleich geboten wird, der unseren Umsatz in den betreffenden Waren vorausichtlich steigert. Es darf auch der Wert von Handelsverträgen mit Polen und der Wirtschaftlichkeit nicht außer Acht gelassen werden im Hinblick auf die beiderseitige Grenzbevölkerung. Man kann nicht dauernd von der Fürsorge für die Grenzbevölkerung sprechen, wenn man nicht alles tut, um die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen dieser Grenzbevölkerung zu entwickeln. Man sollte den Grenzen überhaupt ihre Größe nach Möglichkeit zu nehmen versuchen, und die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenzverläufe sollten die besten Schlagen zu gegenseitigem Wohlfühlen.

Handelsminister Dr. Schreiber schilderte dann eingehend die Grundzüge der wirtschaftlichen Demokratie. Die politische Demokratie ist viel zu spät und ohne organische Entwicklung unserem Volke zuteil geworden. Auch die wirtschaftliche Demokratie läßt sich nicht von heute auf morgen durchsetzen. Die Arbeitnehmers haben nur durch die Befreiung ihre politische Gleichberechtigung gewonnen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Emanzipation muß noch folgen. Ein Land, in dem die arbeitenden Massen ohne Glauben an ihren Aufstieg und ohne Hoffnung auf die Zukunft sind, in ärmlichen Gefahren ausgelegt und hat selbst keine Zukunft. Demnach ist es freilich, daß gleichzeitig die Erkenntnis wirtschaftlicher Tatsachen bei den arbeitenden Massen einen heftigen Gegensatz findet. Eine Bekämpfung des Binnenmarktes durch Erhöhung der Löhne und Gehälter hat in Deutschland keine natürlichen Ursachen. Der so bringende notwendige Export ist nur selbsterzeugend, wenn von uns nicht zu teuer produziert wird, und wenn wir Exportarbeiten leisten.

Dr. Schreiber schilderte dann die außenpolitische Entwicklung und hob hervor, daß gerade die deutschen Demokraten, die stets eine aufrichtige Verständigung mit den Nachbarländern erstreben haben, besonders berechtigt sind, die Befreiung der Befragung am Rhein zu fordern. Der Aufstieg der Deutschen zum Regierungsmacht hat unsere außenpolitische Entwicklung nicht gefördert. Innenpolitisch ist eine Befreiung der Republik eingeleitet. Die Republik hängt an, gesellschaftlich zu werden. Der Handelsminister schilderte dann die Rolle der Demokraten im nächsten Wahl-

Kampf und forderte eine starke Befähigung auf dem Gebiet des praktischen Handelns, für diejenigen, die in unserem Volk besonders zu kämpfen haben. Das sind u. a. die Kleinrentner und Kriegsbefähigten. Es ist auch nicht zu leugnen, daß sich die Schwierigkeiten der Inflation in den Kreisen des Handwerks und des Einzelhandels besonders stark ausgewirkt haben. Die übermäßige Steuerbelastung der letzten Jahre und die Strukturveränderungen innerhalb der deutschen Wirtschaft haben diese Schichten besonders hart getroffen, denen daher erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen ist. Unsere republikanische Haltung in den Fragen der Personalpolitik und der Staatsautorität muß klar und entschieden sein. Es darf unter keinen Umständen der Einbruch entstehen, als wenn diejenigen Beamten, die, wie es ihre Pflicht ist, offen und feindsig für die Republik eintreten, dadurch Schädigungen erfahren, statt ermutigt zu werden. Der preussische Handelsminister dankte dem Oberbürgermeister Voeg für seine mannhaftige Haltung in der Klagenfrage und er bebaute gleichzeitig die Haltung des Reichskammeramts am Hindenburgtage. Bis zu den Wahlen ist es nicht mehr weit. Was heißt, die Zeit zu nutzen und doppelt zu arbeiten. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1924 stand der Wind gegen uns. Jetzt sind die Voraussetzungen dafür gegeben, daß die deutsche Demokratie ihre Fäden wieder voranträgt. An unseren Opfern und unserer Arbeit liegt es, ob diese Fäden liegen.

Den klaren und gefassten Ausführungen des Ministers Dr. Schreiber folgte fürmlicher und begeisterte Beifall der ganzen Versammlung.

Höpker-Wschoff spricht

Als zweiter Redner nahm nun der preussische Finanzminister Höpker-Wschoff das Wort. Er ging sofort auf die Frage der Beamtensolden ein und betonte die staatspolitische Notwendigkeit dieser Messen, da kein Staat ohne dienstfähige Beamten leben könne. Im Stand staatsförmiger Materials schilderte dann der preussische Finanzminister die Steigerung der Löhne der Arbeiter und hob hervor, daß von gewissen Gruppen der unteren Beamten abgesehen auch nach der Durchführung der Beamtensoldenreform mittlere und höhere Beamte bei weitem noch nicht das Freiheitsverhältnis erreicht hätten. Höpker-Wschoff erklärte, daß er im vorigen Jahre bereits gemeinsam mit dem Finanzminister Reihbold die Notwendigkeit der Beamtensoldenreform betont und ihre Durchführung für 1927 in Aussicht gestellt hätte. Die schematischen Ungerechtigkeiten der alten Beamtensoldenordnung hätten ausgemerkt werden müssen. Die eingeführten Neuerungen seien von einem großen Einbruch der Beamtenschaft gewinnlich worden. Wohlverdienende hätten sich an Systemänderung geföhrt. Das Aufwindungsproblem hat zur Folge gehabt, daß die Verbesserung nicht nach dem Dienstalter erfolgt sei, sondern daß sie von dem zufälligen Befallen des Bundesverdienstes abhängig gewesen seien. Die Schließung habe dann geführt, daß vielfach ohne ausreichendes Bedürfnis Aufstufungs- und Beförderungsschritte geföhrt worden seien. Die Veränderung der Zulagen habe den Vorteil, daß die Zulagen den Beamten in vollem Umfang ohne Kürzung des Dienstalters zuteil werden. Der Aufstieg mittlerer Beamter dürfe nicht lediglich nach der Beförderungsordnung generiert werden. Überaus wichtig sei es, mittlere Beamten bei der allgemeinen Verwaltung in Referentensstellen zu bringen. Auch für die Lehrer seien Aufstufungsmöglichkeiten geschaffen. Von 512 Kreisrichtern in Preußen seien 166 Volksschullehrer und 33 Mittelschullehrer gewesen. Ebenso kammten 14 Regierungs- und Schulkinder aus dem Lehrerbunde, Das alles sei erst nach der Staatsumwälzung möglich gewesen.

Die Beamtensoldenreform erfordere für Preußen 193 Millionen Mark und mit den erhöhten Zuschüssen für die Kirche 205 Millionen. In der Sitzung des Reichskabinetts habe Höpker-Wschoff erklärt, daß Preußen aus eigener Kraft und ohne die Steuern zu erhöhen, den größten Teil dieser Last tragen könne. Das würde nicht möglich gewesen sein, wenn Preußen nicht in den vergangenen Jahren eine vorläufige und vorläufige Finanzpolitik getroffen hätte. 1924 wurde ein Ueberflus von 27,5 Millionen Mark aus dem preussischen Staatshaushalt herausgerichtet. Davon wurden 200 Millionen Mark für einen Betriebsfonds abgeweiht. 1925 endete mit einem Defizit von 121,6 Millionen, 1926 mit einem Defizit von 30,3 Millionen. Dieses Weniger konnte aus dem Betriebsfonds gedeckt werden. Für 1927 sei im preussischen Etat nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich ein Gleichgewicht vorhanden. Was wäre wohl aus der Beförderungsordnung geworden, wenn der preussische Finanzminister dem Reichsfinanzminister erklärt hätte, was andere Finanzminister erklärt haben? Minister Höpker-Wschoff erörterte dann die Lage der Gemeinden und glaubte, daß auch sie die Mehrkosten tragen könnten. Im ganzen wird es möglich sein, die Beförderungsordnung ohne Erhöhung der Steuern durchzuführen. Freilich aber eins muß man sich klar werden: Jetzt nach Durchführung der Beförderungsordnung könnten auch die Steuern nicht gesenkt werden, was sonst vielleicht möglich gewesen wäre. In einer weiteren Ueberflus führte Höpker-Wschoff dann das Steigen der preussischen Einnahmen von 1924 bis 1927 auf, während gleichzeitig die Ausgaben eine niedrige Tendenz aufgewiesen hätten. Das alles sei möglich gewesen ohne Steuererhöhung. Wichtig ist die Hauszinssteuer sei erhöht worden. Aber die Mittel, die aus dieser Erhöhung geföhrt werden, seien dem Wohnungsneubau zugute gekommen. Es seien verwendet aus der Hauszinssteuer 1924 265 Millionen, 1925 420 Millionen, 1926 503 Millionen und 1927 503 Millionen zur Erstellung von Wohnungen. In Preußen seien geschaffen worden: 1924 59 890 Wohnungen, 1925 103 500 Wohnungen, 1926 127 300 Wohnungen, und im Jahre 1927 würde die Neubaulistung 150 000 neue Wohnungen erreichen. Das bedeutet für das Reichsgebiet umgerechnet ein jährliches Mehr von 250 000 Wohnungen. Dieses Mehr würde nicht nur ausreichen, um den Neubedarf zu decken, sondern es würde auch zur Folge haben, daß die Wohnungsnot in sechs bis acht Jahren beseitigt sei. Dann sei auch die Voraussetzung für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen, die wir doch alle aufgehoben wissen

wollen. Anschließend gab der Finanzminister ein Bild der preussischen Einkommen- und Einkommensteuern, die alle aufgenommene Einkommen produktiven Zwecken zugeführt werden seien. Die Einkommensteuer habe 90 Millionen für Zwecke der Erziehung, für Kulturarbeiten, für Gesundheitsförderung und für Jugendgemeinnützigkeit an der Kasse erhalten. Das Reichsministerium habe die vor dem Kriege so stark verminderte Elektrizitätswirtschaft ausbauen können. Auch die preussischen Kassen seien verbessert worden, und schließlich habe der Wohlfahrtsminister noch 55 Millionen Mark für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge erhalten. Diese Gelder seien vor allem zum Bau von Sanatoriumen verwendet worden. Beachtet werden müsse auch die Steigerung der Ausgaben für kulturelle Zwecke. Das republikanische Preußen könne in dieser Beziehung den Vergleich mit dem Preußen der Hofsozialen sehr wohl aushalten.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging Höpker-Wschoff vor allem auf das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ein. Er erörterte die bisher vorliegenden Ergebnisse der Finanzpolitik, die als Grundlage für den endgültigen Finanzausgleich dienen solle. Nach dieser Statistik seien die Steuererhebungen geföhrt im Jahre 1925 gegenüber 1913 beim Reich um 161 Prozent, bei den Ländern um 208 Prozent und bei den Gemeinden um 109 Prozent. Gegenüber diesen Zahlen sei aber größte Vorsicht angebracht. So sei die Hauszinssteuer mit eingerechnet, deren Ertragsgröße durch die Neubaulistung wieder in Wegfall kämen. Außerdem seien auch in dieser Statistik nicht die Einkommensüberschüsse berücksichtigt worden. Mit diesen Korrekturen ergäbe sich eine Steigerung der Steuererhebungen bei den Gemeinden um 88 Prozent und bei den Ländern um 129 Prozent. Die Schuldenzinsen, die 1911 in Preußen 324 Millionen betragen hätten, betrügen 1927 577 Millionen. Im Jahre 1913 habe der Staat für die Kirche 37,4 Millionen ausgeben, 1927 sei dieser Betrag auf 87,6 Millionen angewachsen und wenn die Kosten der Beförderungsreform hinzugezählt werden, würde er sich auf 82 Millionen steigern. Es sei also nicht richtig, daß jetzt der Staat die Kirche gegenüber unerschuldet behandle, das Gegenteil sei vielmehr der Fall. Im Hinblick auf die kommende Steuerreform sprach der Minister die Bereitwilligkeit aus, dem Grundbesitzer der Steuervereinfachung zuzustimmen. Angehörig dieser Fragen gewinne das Problem Reich-Länder besondere Bedeutung. Höpker-Wschoff erörterte eingehend die Uebernahme von Kompetenzen der Länder auf das Reich. Den Souveränitätsbegriff der Länder lehnte er im Bereich mit der juristischen Wissenschaft und im Gegensatz zu Herrn von Keubell ab. Es sei gewiß möglich, daß noch eine Anzahl Spezialkompetenzen auf das Reich übernommen würden, z. B. sei eine Vereinfachung der Justiz sehr wohl denkbar. Aus dem Bereich der allgemeinen Verwaltung könne allerdings nichts herausgehoben werden. Die Schaffung eines Staatsministeriums und die etwaige Schaffung eines Staatsministeriums für Dithmarschen sollte als Doppelbesitz. Reichsminister und Dithmarscher, das seien die Oberpräsidenten im Rheinland und in Dithmarschen. Notwendig sei die Neuaufgliederung Norddeutschlands. Eine solche Neuaufgliederung sei nicht als die Erziehung eines Großpreussens gedacht, nach der erfolgten norddeutschen Neuaufgliederung könne die Verwaltung dann in die Form der Reichsregierung gelegt werden, und es sei weiter kein Bedenken, wenn neben 13 norddeutschen Provinzen drei südwestliche Länder einfließen könnten. Die Zeit würde dann schon für eine Angleichung sorgen. Und die Länderparlamente würden in absehbarer Zeit in Wegfall kommen können. Wir hätten eine einzige große politische Volkskammer, den Reichstag. Wir wollen hoffen, daß wir alle aus weltliche Ziele dieser Entwicklung sehen und erleben. Zum Schluß schilderte der Minister noch die Stellungnahme des preussischen Kabinetts zur Reichsregierung und hob hervor, daß die preussische Regierung vor allem in der Außenpolitik stets die beste Stütze der Reichspolitik gewesen wäre. Wenn jetzt beim Reichsgesetz die preussische Regierung Ueberänderungsanträge gestellt habe, so sei in diesen Anträgen das Beste der Simultanförmigkeit geföhrt und außerdem sei die Simultanförmigkeit in den Simultanförmigkeiten besonders geföhrt. Die demokratischen Minister sind geföhrt durch diese Anträge noch nicht beirrt. Aber der Kampf liegt nun im Reichstag und bei den Parteien rechts und links von der Demokratischen Partei wird es sich zeigen, wie sie den Kampf für die deutsche Schule zu führen gedenken. Die Demokratische Partei, so schloß der Minister, war immer Bannerträgerin der deutschen Staatsidee und wird es auch in Zukunft sein.

Die Versammlung dankte dem Minister mit lebhaftem Beifall und brachte ihm begeisterte Rundgedinge dar. Der demokratische Landtagsabgeordnete Hebel dankte dem Minister noch einmal und begrüßte hierauf den Ehrenvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, den verstorbenen Bürgermeister von Hamburg, Carl Petersen, der auch von der Versammlung feierlich begrißt wurde.

Im Anschluß an die beiden Ministerreden fand dann eine eingehende Aussprache über die gemeinschaftliche Lage statt.

Professor Krumpalder Frankfurt a. M. dankte dem Reichstagsabgeordneten Fischer für seine erfolgreiche Etat- und Wirtschaftspolitik. Die Steuerbelastung der Wirtschaft dürfe nicht vergrößert werden und der Gedanke der Steuervereinfachung sei zum ersten Mal von dem demokratischen Reichsfinanzminister Reihbold in Dresden vertreten worden. Die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Bäumer wies darauf hin, daß Außenminister Dr. Stresemmer der dem Schulgesetz im Kabinett im ganzen zugestimmt habe, in Kleinigkeit ausfüllte, es sei ausgedehnt, das dem Reich, auch noch die Kosten für eine so überflüssige Sache" ausgelassen würde. Im übrigen würde man sich darauf verlassen müssen, daß ein unannehmbares Schulgesetz abermals am Widerspruch Preußens im Reichstag scheitern würde. Auf die Haltung der Volkspartei könne man sich nicht verlassen, zumal Herr Dr. Stresemmer in kulturpolitischen Dingen schon ein paar Mal umgestanden sei. Die Öffentlichkeit müsse eine breite Basis bilden zum

Kampfe gegen das Schicksal. Chefredakteur Bernhard
dort hervor, daß infolge der Revolution Preußen aus einem
Verb der Reaktion zu einem Sort des Fortschritts ge-
worden sei. Seine Erkenntnis sollte von der Art von Par-
tizularismus frei machen, die in Berlin geradezu einen
Reichs erfüllt. Im Hinblick auf die Denkschrift Parker
Liberts erinnerte Bernhard daran, daß wir an das Aus-
land verbannt seien und Entscheidungen nur erwarten
könnten, wenn wir das Ausland davon überzeugen, daß
wir eine vernünftige Wirtschaft und Finanzpolitik treiben.
Landtagsabgeordneter Bartel erörtere die Fragen der
Beamtenbesoldung und der Beamtenpolitik. Die deutschen
Konferenzen hätten in der Vorbereitung den Niedergang
der Beamtenbesoldung verurteilt. Reichsfinanzminister Dr.
Kähler habe in seiner Magdeburger Rede Hoffnungen er-
weckt, die gar nicht erfüllt werden konnten. Diese Rede
sei eine Freijagd der öffentlichen Meinung gewesen.
Matermeister Kante-Berlin erklärte, daß der Mittelstand
für den Gehalt des Einheitspreises gewonnen werden
müsse. Das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Maria Hel-
lerberg forderte, daß die demokratische Partei sich be-
sonders der Arbeitnehmer annehmen solle, und der Vor-
sitzende des Arbeiterausschusses Graf-Berlin ver-
langte die Schaffung eines Arbeitnehmerprogramms der
Deutschen Demokratischen Partei. Der Landtagsabgeordnete
Hornig schilderte die schädliche Haltung der Volkspartei
und der Wirtschaftspartei bei der Beratung der preußi-
schen Gewerbesteuer. Wo Steuerentlastungen zugunsten der
gewerblichen Mittelstände eingetrennt seien, da sei es den
demokratischen Ministern zu danken. Der Landtagsabge-
ordnete Wachhorst de Wente brachte Steuerbesonder-
heiten der deutschen Bauernschaft vor. Es sei unglücklich,
daß Großgrundbesitzer mit mehr als 2000 Morgen auf
Grund ihrer Beschäftigung steuerfrei blieben, während die
kleinen und mittleren Bauern hohe Steuern zahlen müßten.
Die deutsche nationale Siedlungspolitik brandmarkte der
Redner als unethisch. Der Großgrundbesitzer wolle besonders
im Osten seinen selbständigen Bauernland. Landtagsabge-
ordneter Kott sprach über Sanzinssteuer und Wohnungs-
zweckhaftigkeit. Er erinnerte daran, daß Schieber der
Rote der Sanzinssteuer sei, und daß diese von den Reichs-
partei mit Einschluß der Wirtschaftspartei angenommen
worden sei. Goll-Franfurt-Main wandte sich gegen die
Wirtschaftspartei und Reichswirtschaftsminister Berner. Er
sah keine den erteilten Verlauf der Preußenzeitung
fest. Es wurde alsdann ein Antrag zur Vorbereitung der
Landtagsabgeordneten gestellt, dem u. a. die Landtags-
abgeordneten Falk, Nibel und Merz, als Mitglied des
Staatsrats Dr. Mittel-Nordhausen angehören. Die Frauen
vertritt Frau Hofmeier-Saunover, den Osten und das
platt Land Stodisch-Petersdorf, den Westen und die Be-
amtenpolitik Schukat Thiemann-Neiberg. In seinem Schluss-
wort führte der Abgeordnete Nibel aus, daß die Rolle
des Preußenzeitung sei der Kampf für ein freies
Preußen und für ein großdeutsches Vaterland. Folgende
Erklärung wurde einstimmig angenommen: Der
Preußenzeitung der Deutschen Demokratischen Partei bekenn
sich einmütig zu der wahrhaft vaterländischen Idee des
großdeutschen Einheitsreiches. Er fordert die Parteienan-
ger im Lande auf, in diesem Reichen und den nächstjäh-
rigen Wahlkampf zu führen und dabei zu streben
für ein freies Preußen, für ein von einer großen deutschen
Vaterland, für die demokratische deutsche Republik. Nach-
dem der Zeitung noch der Dank ausgesprochen war, wurde
die erfolgreich verlaufene Sitzung mit einem Hoch auf das
Vaterland und mit dem Deutschlandlied beschlossen.

Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion Hilfe für das Deutschtum in Südtirol

Eine demokratische Intervention.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehende
Interventionen eingebracht:

Deutsch-Südtirol, bis zu den Friedensschüssen von
1919 anderthalb Jahrzehnte lang unumschränkter deutscher
Vollbesitz, ist durch italienische Gewaltmaßnahmen schwerer
als je bedroht. In letzter Zeit hat die offen verkündete
Absicht, das Deutschtum auszuwetzen, die Italiener zu immer
schwereren Methoden verleitet. In diesem fernöstlichen
Land darf heute außer in sechs Gemeinden keine deutsche
Aussicht mehr gezeigt werden. Auch alle deutschen Auf-
schriften an Privatbauten und sogar die deutschen In-
schriften in öffentlichen Gebäuden sind verboten. In
den Volksschulen darf kein deutscher Unterricht mehr er-
teilt werden. Erteilung von deutschem Privatunterricht,
den kein Gesetz verbietet und den neben dem öffent-
lichen Unterricht — auch kein Gesetz verbietet kann, wird
auf dem Verwaltungswege bestraft. Junge Mädchen, die
Ihn erteilen, sind mit Arreststrafen von 5 bis 19 Tagen
belegt worden, und diese Strafen sind auch tatsächlich
vollzogen worden. Deutsche Anwälte sind aus der Liste der
Rechtsanwälte gestrichen worden, ohne daß ihnen irgend
etwas anderes als das Eintreten für ihr Volkstum vorge-
worfen werden könnte. Deutsche Gemeinderäte wurden
gleichwillkürlich mit kürzester Kündigungsfrist entlassen.
Jeder angesehenen deutsche Mann wird mit Zwangsver-
sicherung, die nicht von einem ordentlichen, sondern von
einem Ausnahmegericht ausgesprochen wird, bedroht. Der
vor dreizehnt Jahren lediglich wegen seiner Bemühungen
um den deutschen Privatunterricht unter Aufsichtsetzung
aller Reichsgaranten zwangsverurteilte Dr. Roldin wird
noch heute, an Gesundheit und Vermögen schwer geschä-
digt auf den charakterlichen Zielen gehalten und zwar unter
sich verächtlichen äusseren Bedingungen.

Was gebt die deutsche Regierung demgegenüber
zum Schutz deutschen Volkstums im Ausland zu tun?
Welche Fortschritte gebt sie zu unternehmen, um
die kulturellen Rechte deutscher Volksgenossen gegen die mög-
lichen Terrorakte ihrer Regierungen zu schützen?

Wegen übergrößen Stoffmangels müßte einiges zur
nächsten Nummer zurückgestellt werden.

— Demokratische Reichstagsfraktion und Todesstrafe.
Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich mit der Frage
der Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe befaßt.
Es ergab sich, daß in dieser Frage die Auffassungen der
Partei geteilt waren, doch wurde einmütig festgestellt,
daß die Stellungnahme zum Problem der Todesstrafe nicht
eine Frage sei, die die demokratischen Grundgesamtheiten
berühre. Die demokratische Reichstagsfraktion wird bei der
Abstimmung in dieser Frage keinerlei Fraktionszwang be-
schließen.

Demokratische Kleinrentnerfrage.
Den lebhaftesten Bemühungen der Demokratischen Reichs-
tagsfraktion ist es erteilungsgewisse gelungen, dahin zu
wirken, daß die Parteien den sozialdemokratischen In-
itiativegesetzentwurf für die Kleinrentner dem sozialen Aus-
schuß überwiesen haben. Im sozialen Ausschuß hat der
demokratische Abgeordnete Ziegler den Antrag gestellt, diesen
Gesetzesentwurf als vordringlich zu behandeln. Diesem An-
trag wurde stattgegeben und der Ausschuß für soziale
Angelegenheiten wird sich in der Zeit vom 14. bis 19.
November mit dem Gesetzesentwurf der Kleinrentner be-
fassen. Es kann nur gewünscht werden, daß der Ausschuß
schnelle Arbeit macht, damit endlich die von den Klein-
rentnern geforderte gesetzliche Regelung der ganzen Materie
zur Tat wird.

Soziales

Wahl zum Ausschuß für die Gewerbe- und Privatbank.
Bei der genannten Großbank waren die Wahlen von
zwei Ausschußmitgliedern der beiden Hauptberaters-
stellungen in Hamburg und Berlin und der fiktionalen
berzuehmen. Hierbei erhielt die Liste des Deutschen Bank-
vereins 114 Stimmen, die des freigeberischen
Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten nur 19.
So daß für die kaufmännischen Angestellten der Kandidat des
D.B.V. mit überwiegender Mehrheit gewählt ist. Für die
gewerblichen Angestellten liegt die Liste des Reichsver-
bandes der Bankangestellten (Sitz Frankfurt am Main), die
der erwähnten freigeberischen Organisation unterlag auch
hierbei.

Parteinachrichten

— Einberufung des demokratischen Parteiausschusses.
Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei ist
auf Sonntag, dem 20. November, nach Berlin einberufen
worden. Auf der Tagesordnung steht vor allem eine Aus-
sage über die politische Lage, in der zwei Tage vor dem
Reichstagsaustritt des Reichstages die aktuellen Fragen
ausführlich erörtert werden sollen. Ferner stehen auf der
Tagesordnung organisatorische Fragen, so insbesondere das
Verfahren bei Auffüllung der Reichswirtschaft.

— Wählerliste der Listen in Euphraten. Im Land-
kreise Königsberg hat die neue Wahl des Kreisrates, un-
terstützt durch Eingemeindungen, wieder einen Rück-
gang herbeigeführt. Die Mehrzahl der Stimmen ist mit
14 gegen 11 auf 12 gegen 11, also um 2 Sitze zurückgegangen.
Die Demokraten haben mit ihrer Liste „Bauern und Mittel-
stand“ 5 Prozent Stimmen gewonnen, die Sozialdemokraten
2 Sitze weniger, die Kommunisten 2 Sitze mehr erzielt. Im
Kreisratsauschuss werden 3 Rechte und 3 Linke sitzen. Für die
Demokraten ist der ausgezeichnete Kleinrentnerführer, An-
wobsteher Lin, Kandidat, gewählt.

Bezirk Magdeburg

(Siehe auch gegenüberliegende Seite.)

Veranstaltungen

Der
Deutschen Demokratischen Partei
Erzgruppen Magdeburg.

Geschäftsführer Ausschuss: Die nächste Sitzung fin-
det am Montag, dem 31. Oktober, abends 7.30 Uhr, in den
„Altsiedler Bürgerklub“ statt.

Stammklub für die Mitglieder der D. D. P.: Dien-
stag, den 1. November, abends 8 Uhr, Hotel „Weißer Hahn“,
Weinstraße 6. Starke Beteiligung erwartet.
Der erweiterte Bezirksoberhaupt des Bezirkes Magde-
burg-Anhalt der Deutschen Demokratischen Partei tritt am
Sonntag, dem 30. Oktober, vormittags pünktlich 10.30 Uhr,
in der „Freunde-Saal“ (Wäner Saal I, C) der Prälaten-
straße 32, zu einer sehr wichtigen Sitzung zusammen. An
den Verhandlungen nehmen auch die Abgeordneten Dr.
Hammel und Dr. Bohner teil.

Die nächste politische Aussprache wird wahrscheinlich
am Sonntag, dem 6. November, stattfinden.
Alltagsabend, Freitag, dem 4. November 1927, abends
20 Uhr, Zusammenkunft in den Altsiedler Bürgerklub,
Altestr. 9, Tagesordnung u. a. Bericht Niemann über
Preußenzeitung der D. D. P.

Altsiedler der Volkshochschule
Die Volkshochschule veranstaltet am Montag, dem
24. Oktober, in der Aula der Luisenschule eine Kleinfest,
zu der unsere Abgeordnete Frau Dr. Gertrud Bäumer
das Redewort übernehmen hatte. Die geistvolle und gut
angeordnete Rede fand sehr gute Aufnahme. Im Anschluß
an die Feier fand eine schlichte Abschiedsfeier für den
abscheidenden 1. Vizepräsidenten Geh. Rat Dr. Hausmann
statt. Lehrer Willberg würdigte Dr. Hausmann warme
Worte der Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit
im Interesse der Volkshochschule und überreichte ihm als
Zeichen des Dankes eine Sammlung guter Bilder von der
„Stadt Magdeburg aus dem Atelier von Ehe Bäumer.
Oberbürgermeister W. C. S. schloß sich dem Dank des Vor-
redners an und wies darauf hin, daß das Verhältnis zwi-
schen Stadtverwaltung und Oberpräsidium ein ausgezeich-
netes gewesen ist. Vizepräsident Dr. Hausmann er-
klärte, daß er nichts getan habe, worin ihm besonders
zu danken sei; er habe nur seine Pflicht und Schuldigkeit
getan. Er wünschte der Volkshochschule für ihre Arbeiten
auch Erfolge.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig
Rings, Magdeburg. — Druck: Buchdruckerei Weniger & Co.,
G. m. b. H., Dessau.

Bezirkskonferenz der Christ-Christlichen Gewerbevereine.

Am Sonntag, dem 30. Oktober, findet um 10 Uhr in
der „Reichshalle“ für die Bezirke Magdeburg und Braun-
schweig eine größere Konferenz, für alle Bezirke, die dem
Verband der christlichen Gewerbevereine angegeschlossen sind,
statt. Gewerbevereinsleiter Kaiser-Berlin hält einen Vor-
trag über „volkswirtschaftliche und sozialpolitische Tages-
fragen, an den sich eine Aussprache anschließt. Gewerbe-
vereinsmitglieder können als Gäste an dieser Konferenz
teilnehmen.

Die Auflösung des Reichsbundes der Magdeburger Stadt-
anliegen. Auf Grund der 8. Verordnung zur Durchführung
der Auflösung der Markengemeinden der Gemeinden v. vom
1. September 1927 (Preussische Gesetzammlung S. 187)
ist der Reichsbund der Markengemeinden der Stadt Magdeburg
innerhalb eines Auschlussfrist vom 1. Oktober 1927 bis
14. Januar 1928 anzumelden. Unter Ausschluss sind nach
dem Aufhebungsbeschluss die Anträge zu verstehen, die
nach dem 1. Juli 1920 erworben sind. Die Eingliederung
der Stadtbezirke (Mantel und Vogen) hat wie im
Aufhebungsbeschluss bei den Vermittlungsstellen (Banken,
Sportstätten, öffentlich-rechtlichen Körperschaften usw.) zu
erfolgen. Eine direkte Eingliederung bei den bürgerlichen Ämtern
ist unzulässig.

Loburg. Am 25. Oktober sprach Dr. Bohner in
einer Versammlung im „Schwarzen Adler“ in Loburg.
Nach einem Lebensbild über die Zeit in der auswärtigen
Politik im Vordergrund stehenden Fragen kam er auf
die Innenpolitik zu reden. Er gab eine Darstellung, wie sich
das Reichschicksal in Loburg selbst ausspielen könne und
machte auf die Verengung von Kraft aufmerksam, die
darin sich zeigt, daß man in Loburg eine siebenjährige
städtische Schule habe und kaum einen Steinwurf mit
einer einstufigen Schule Loburg-Land, die Gültigkeit
des Ortsbezirks. Wenn dazu nun noch die 25 katoli-
schen Loburger Kinder eine eigene katholische Schule habe,
von ganz links als Antwort darauf auch noch die weltliche
verlangt würde, dann hätten die Loburger Gemeinderäte
sicher noch mehr Anleihe aufzunehmen, als es sie
gerade jetzt schon tun müssen. Er ging dann zu Mittel-
landsfragen über, wies darauf hin, daß die Höhe der
preussischen Steuer vom Finanzausgleich mit dem Reich ab-
hängig sei, den doch die Rechte gemacht habe. Die Rechte
habe auch das Hauszinsenergie von 1925 gemacht, das
wir in Preußen bei den Ausführungsbestimmungen, wie aus
der deutschen nationale Reichstagsabgeordnete Ober-
schon festgestellt habe, nach der sozialen Seite hin we-
sentlich verbessert. Für das Gewerbe sei wichtig, daß wir
die Hauszinssteuer von Gewerbegebäuden nur nach dem
Umsatz, nicht nach dem Anlagewert erheben. Zu un-
rechtlich ist die Wirtschaftspartei das Gewerbe gegen
die Hauszinssteuer auf und gegen die Vereinerung der
Landwirtschaft, also auch der Großlandwirtschaft, die
Wirtschaftspartei habe so im Reichstag für das Gesetz ge-
stimmt und im Landtag von der Reichsversammlung, die
Landwirtschaft frei zu lassen, den Reichsversammlung,
das die Großlandwirtschaft auch zur Hauszinssteuer herangezogen
werden würde. — Sodann sprach Dr. Bohner über die
Gewerbebetriebe und wies auf die bekannten Erleichterungen
der Gewerbebetriebe hin. In einem Schluss-
wort betonte er die Bedeutung des Mittelstandes für den
Staatswohlstand. Daß der Großgrundbesitz ein Land
nicht deutlich machen könne, sondern nur der Mittelstand in
Gemeinden und auf dem Lande, habe sich in den joga-
nenneten russischen Ostprovinzen deutlich genug gezeigt.
Die deutschen Barone dort hätten leider zu spät nach der
letzlichen Revolution 1906 eingesehen, daß sie überall
Hauptverpflichtungen begründen müßten, um das Land
dem Deutschtum zu erhalten. Das geistige Zusammenleben
der Nation verbande dem freien und unabhängigen Mittel-
stand sein Bestes. Goethe habe den Mittelstand als die
Leute bezeichnet, „die in beschränkter, aber doch maßhaltiger
und das sittliche Wohlergehen fördernden Verhältnissen leb-
ten.“

In der Aussprache ergriff der Syndikus des Ver-
bandes für Handel und Gewerbe, Dr. Hagemann, das
Wort und führte besonders aus, wie der Preußenzeitung der
Demokratischen Partei die Pflege des Mittelstandes durch
die Partei hell habe hervorzuheben lassen.

Angern. Am Donnerstag, dem 20. Oktober, hielten
wir eine von etwa 40 Teilnehmern behuchte Versammlung
in Angern an. Neben den Fragen der allgemeinen Politik
behandelte Dr. Bohner besonders Fragen der Land-
wirtschaft. Er wies auf das Eintreten der Demokraten
für die Beschaffung von Land (Siedlungsgebiet und
Ergründungsanträge), auf ihr Drängen auf gleichmäßige
Gewerbeanlage (Reichsversicherungsbeitrag) und auf ihre
Verlangen der Pflege und Schulung der mittleren und
kleinen Landwirtschaft durch die Regierung (Forderung
des Genossenschaftswesens, landwirtschaftliche Belehrung
im Rundfunk, Berücksichtigung der Kleinrentner bei Aus-
stellungen und Prämierungen, Unterweisung über Forde-
rungen und Gelegenheiten zum Absatz der nicht nur reifen,
sondern auch marktfähig gemachten Waren). Zum Schluss
betonte er die Bewährungs- und Berechtigungsbefähigung
auf dem platt Lande. Die Versammlung wurde geleitet durch
den Hauptlehrer Strohmeyer, der in einem glänzenden
Eingangsword die geschichtliche Entwicklung der Demo-
kratie in einem so kleinen Ort wie Angern beleuchtete.
So z. B. habe sich in Angern nach den vorhandenen
Aufzeichnungen 1848 ein Verein der Königstreuen gebildet.
Über die Demokraten findet sich in diesen Aufzeichnungen
der schöne Satz: „Den Demokraten aber wurden die Fenster
eingeworfen.“ Schon damals habe man gesellschaftlichen
und wirtschaftlichen Boykott gegen unabhängige Leute ge-
geben. Herr Strohmeyer legte dann an der Hand der abge-
gebenen Stimmen bei den letzten Wahlen dar, daß gerade
in der Gegend zwischen Wolmirstedt und Stendal in den
heutigen Orten eine beträchtliche Zahl von demokratischen
Stimmen gefallen sei, daß häufig in diesen Orten die
Stimmen der Demokraten denen der Reichsnationalen
gleichkämen.

Die ganze Unmüdigkeit des alten Systems zeigt. Verständlich genug, daß die Gegner der Republik, die einen Uebertritt und einen Hindenburg zum Oberhaupt erkoren, diese Vorgänge möglichst verbergen wollen.

Lloyd George

Der englische Liberalismus, den man bereits tot gelagt hat, steht vor seinem Wiederaufleben, und Lloyd George, dessen Rolle ausgespielt zu sein schien, ist der Führer einer beträchtlich wachsenden Partei, hauptsächlich der kühnere Mann Englands. Ungeachtet seines Alters haben seine Veranlassungen, in das Politikgeschäft die Straßen herren zu führen. Er scheint viel zugehört zu haben, denn er tadelt an den jetzigen Machthabern alles das, was er selbst auch getan hat, als er noch im Amt war. Damals führte er den Krieg bis zur Vernichtung Deutschlands, obwohl die britische Tradition immer darauf gehalten hatte, das Gleichgewicht auf dem Kontinent zu wahren. Er bildete einen Friedensvertrag, dessen Maßlinien spätere Zeiten gar nicht begreifen werden. Aber er hat bereits begriffen, daß es ein Wahnsinn war. Und deshalb fordert er die Revision. Das Echo seiner Reden ist in Frankreich recht unheimlich. Das wird ihn hoffentlich nicht überreden.

Richard Man.

Bezirk Magdeburg

(Siehe auch gegenüberliegende Seite.)

In Neuburg sprach Medizinalrat Dr. Mathias Bernburg über das Thema: „Die Gegner der Demokraten, deren Ziele und unsere Aufgaben“. Viele Volksgenossen haben das Wesen der Demokratie noch nicht verstanden. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Weimarer Verfassung viel fester zu verankern, als es heute der Fall ist. Ein Streit um die Frage, wie ein Reichsgesetz gemacht werden kann, ist nicht möglich gewesen! In diesen Mängeln kommt nun noch die Gleichgültigkeit und der Stumpfheit großer Volksteile, die sich um nichts kümmern als um ihre persönlichen Sonderinteressen! Diese Leute aufzuwecken und die tatsächlichen Verhältnisse aufzuklären, muß eine Hauptaufgabe der Deutsch-Demokratischen Partei werden. Bezüglich der politischen Parteien ist keine Ausnahme zu machen von links nach rechts. Für die Sozialdemokratische Partei, die rund 50 Prozent aller Wähler repräsentiert, hat, erwünscht aber besonders die Pflicht, sich an der Verantwortung für den Staat zu beteiligen. Doch die von ihr angestrebte Sozialisierung läßt die Sozialisten der einzelnen Parteien. Auch mit der antizipierten Einstellung der Sozialdemokraten können wir nicht einverstanden sein, denn der Wandel ist der Grundpfeiler eines Staates. Die Sozialistische Partei, die Sozialistische Partei und die Wirtschaftspartei sind in einen Topf zu werfen. Doch ist die deutschnationalistische noch die erfolgreichste! Aber bezuglich muß sie werden, weil ihr Ziel die Wiedereinrichtung des Untertanenstaates ist! Die Deutsche Volkspartei ist eine Partei des Nationalismus und der Feindschaft. Sie ist die unüberwindliche, die es gibt. Die Wirtschaftspartei aber geht nur auf Aufschwung und Stimulierung aus und jongliert mit ihrem Namen als „Mittelstandspartei“, als „Hausbesitzerpartei“, als „Reichspartei für Handwerker und Gewerbe“, wie das Chamäleon in der Farbe seines Fells. Im Anschluß an diese Partei machte Redner sehr laudable Ausführungen über die Wohnungsnot, die Hausbesitz und die Hausinsassen. Der Kampf der Deutsch-Demokratischen Partei ist auch ein Kampf um die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes. Alle Bürger des deutschen Volkstaates müssen sich zusammenfinden in dem einheitlichen Gedanken, daß die Demokratie das Best ist, an dem sich die Willen des von links angestrebten sozialistischen Staates und des von rechts angestrebten Untertanenstaates brechen, der Pol, an dem die Extreme sich finden!

Gegen die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete am Sonntag, dem 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Gesellschaftsraum eine beachtenswürdig große Zahl von Parteimitgliedern eine Versammlung für den Kreis Neuburg. Der Kreisvorsitzende, Medizinalrat Bernburg, wies in seiner Rede darauf hin, daß die Parteiführung beachtliche, nennende, laufend bezügliche Zusammenkünfte zu veranstalten, um die Fragen der Organisation zu besprechen und die Parteimitglieder über die politische Lage aus demselben Munde aufzuklären. Er begründete es besonders, daß Landtagsabgeordneter Dr. Bohner es sich nicht nehmen ließ, an den Verhandlungen teilzunehmen. Aber die politische Lage in Reich und Staat sprach Abgeordneter Dr. Bohner, der sich ausführlich über die Außenpolitik äußerte und darauf hinwies, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe, entweder Rückzug vor Großmacht und Mittelstufen oder Festhalten unter Sammlung der Staaten und Widerbestehen. Zur Außenpolitik übergehend behandelte Redner das Problem des Einheitsstaates, wobei er auf einige Hauptschwierigkeiten verfiel. Ferner sprach Dr. Bohner über den Entwurf des Reichsgesetzes und die Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei hierzu. Wie vernehmen unsere Leser auf die Rede unseres Abgeordneten Dr. Bohner, die er über diese Frage in der demokratischen Versammlung in Schönebeck gehalten hat. (Siehe letzte Nummer der Mitteldeutschen Rundschau). Parteifreie Mühen behandelte die Fragen der Organisation und wie darauf hin, daß es dringend notwendig ist, in jedem Teil einige zuverlässige Vertrauensmänner zu haben, die bereit sind, öffentlich und im Stillen für die Partei zu wirken. Notwendig sei es auch, daß für die Wahlen in Stadt und Land die demokratische Politik erläutert werde. Das soll auch durch ausläurende Flugblätter geschehen und ferner auch durch Versammlungen. Die Abgeordneten der Demokratischen Partei stehen für diese Zwecke zur Verfügung, darüber hinaus sollen aber auch Persönlichkeiten des Wirtschaftslbens gewonnen werden. In erster Linie müßte die Wirtschaftspolitik und Bauernpolitik in den Vordergrund gestellt werden. Die Deutsche Demokratische Partei hat hier geradezu einen Ruf. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Partei sich in Zukunft möglichst einseitig einsetzt. Es müßte eine gewisse Dezentration stattfinden, damit bestimmte Bezirke des Kreises

organisationsmäßig besser erfaßt werden. In der lebhaften Aussprache beteiligte sich u. a. Stadtverordneter Dr. Magdeburg, der auf die Notwendigkeit hinwies, vor allem dem gewerblichen Mittelstand zu zeigen, was die Deutsche Demokratische Partei für ihn geleistet hat im Gegensatz zu der Wirtschaftspartei, die sehr wenig praktische Erfolge für den Mittelstand aufzuweisen habe. Zusammenfassend betonte Redner, daß mit dieser Veranlassung die politische Arbeit wieder eingeleitet habe. Er bat alle Beteiligten um Mitarbeit und Unterstützung.

Quersfurt

Große öffentliche Versammlung

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner

Worte und Taten der Reichsregierung.

Bormittags 11 Uhr im Hotel zur Sonne

Kreisparteitag

der Vorstände und Vertrauensmänner der Organisation des Kreises.

Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenerhältnisse, Ausbau der Organisation, Bericht der Vertrauensmänner, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes.

Zu dieser wichtigen Veranstaltung werden auch die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des Kreisverbandes ganz besonders um ihre Anwesenheit gebeten.

Bezirk Anhalt

Gewerkschafts- und Arbeiterkongress. In der Ortsgruppe Neuburg im S. D. A. begannen am Donnerstag, dem 20. des. Mts. in „Stadt Zeitz“ die Vorbereitungen der 1927-28 mit einem Vortrage des Kreisarztes, Medizinalrat Dr. Mathias Bernburg. „Der Angefallene im Kampfe um sein Leben und um sein Volk!“ Zunächst gab der Redner einen kurzen Überblick über allgemeine Politik und empfahl den Angefallenen als ein Mittel zur Befreiung ihrer Lage den Stimmzettel. Dann sprach der Arzt in überaus feinsinniger und verständlicher Weise über die Bedeutung der Arbeit und die Verantwortung des Arbeiters. Er sprach von den Schwierigkeiten der Arbeit und die große Rolle spielen, lag in der Zeit, in der die Arbeit am menschlichen Körper nicht gemacht werden dürfen. Die Zeit ist nicht nur für den menschlichen Körper, als was der Redner an zum Teil humorvollen Beispielen bewies. Die Natur hat es nun wieder fälschlich eingerichtet, daß im Kampfe des menschlichen Körpers gegen seine Feinde — Krankheiten, Bakterien u. a. m. — ihm unheimliche Abwehrstoffe zur Seite stehen, deren höchste Sonne, Luft und Wasser sind. Diese ausgiebig auf den Körper wirken zu lassen, war die Mahnung am Schluß des mit sehr großem Beifall aufgenommenen Vortrages. Auf Antrag aus der Versammlung soll versucht werden, Dr. Mathias zu einem weiteren Vortrag zu gewinnen. Am Montag, dem 7. November, hielt Studienrat Dr. Schwabe in „Stadt Zeitz“ einen Vortrag über „Staatsbürgerkunde“.

Ortsgruppen. Die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei hatte nach längerer Sommerpause am Sonntag ihre Mitglieder zu einer Morgenstunde nach dem Schützenhaus gebeten. Parteifreie Anrede war ebenfalls aus Anlass herbeigekommen. In sehr anregender Aussprache wurden die kommenden Kreis- und Kommunaltreffen besprochen. Ferner wurde beschlossen, nennend regelmäßig Zusammenkünfte der Parteifreunde abzuhalten. Angeregt wurde auch, nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich den Zusammenhalt mehr zu pflegen. Es wurde den Anwesenden zur Pflicht gemacht, regelmäßig die Arbeit und für die Presse zu werden. Nach einigen Mitteilungen internen Art schloß das Parteifreie Schloß der Vorsitzenden die Zusammenkunft mit der Bitte, zur nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Es

Ärsten i. A. Sekretärin. Dienstag, den 1. Nov., abends 9 Uhr im Saale der Turnhalle Neuburg. Abgeordneter Dr. Bohner sprach über das Schicksal der anhaltischen Schiffe nach dem Reichsgesetzgebung.

Gewerbe. Zur Stadtverordnetenwahl ist hier eine unpolitische bürgerliche Einheitsliste aufgestellt worden, die der allgemeinen geschäftlichen Mittelschulerei Wechselseitigkeit. Politisch gehört sie zu den Demokraten. Auch zwei andere Kandidaten an führender Stelle, Hotelbesitzer Wagner und Bezirkssekretär Brinkmann zählen zur Deutschen Demokratischen Partei.

Bezirk Halle

Halle. Die zweite Tagung des Provinzialverbandes Sachsen-Anhalt, im Verband der Mittelschulen Deutschlands, fand am 17. Oktober 1927 in Halle, Hotel Hohenzollernhof, statt. Die Tagung war besucht von ca. 150 Teilnehmern, darunter als Gäste Vertreter des Oberpräsidiums und des Provinzial-Schulkollegiums, der Provinzialverwaltung, der Verzeitschaft, der Theologen, der Städte, der Gesundheits-, Wohlfahrts- und Arbeitsämter, der befreundeten Berufsverbände,

Bezirkslehrerrat usw. Nach den Begrüßungsworten des ersten Vorsitzenden Rektor Breitbarth, Halle und den freundlichen Wünschen der offiziellen Vertreter nahm Hilschulgelehrer Gante, Halle, das Wort zum ersten Vortrage: „Das Hilschulgesetz während der Zeit der allgemeinen Schulpolitik“. In eingehender Weise begründete Redner die Notwendigkeit der Hilschule, 1. um der Grund- und Volksschule mit den deren Entlastung in wesentlichen betragte wichtige Erziehungsberechtigungen, 2. um des Hilschulgesetz in die Schulen, dessen Eigenstruktur eine Sonderziehung verlange, weil es sonst mit unerbittlicher Konsequenz verloren gese, 3. aus ethischen Gründen und 4. um der Volksschule durch die Hilschule zu helfen. Im zweiten Teile seines Vortrages gab Redner ein Bild von der schulpflichtigen, wie sie heute ist, bezüglich ihrer inneren Struktur (Inhalt und Methodik), ihrer äußeren Organisation und bezüglich der Menschen, die in ihr tätig sind. Am nächsten Tage, nach den Besprechungen für weiteren Ausbau wurden abgehalten: Schaffung eines Hilschulgesetzes, wie es die Eigenart dieser Einrichtung verlangt, Gründung von hilschulbezogenen Kindergruppen, Ausbau zu Tagesanstalten, Schaffung von hilschulbezogenen, häusliche Erziehung von hilschulbezogenen Pädagogen, stärkere Berücksichtigung des Kindes in der sozialen Wohlfahrtsmaßnahmen, Bau von geeigneten Schulhäusern und vor allem Einrichtung von Sommer- und Kreis-Hilschulen, ähnlich den Verbandsberufungen, zur Befreiung der Schwachköpfigen aus den Kleinstädten und vom Lande. — Der zweite Redner, Direktor Lesemann-Hannover sprach über die Probleme der Nachschule, die er als Mann der Praxis ansah. Letzter war: Was die Hilschule begreifen hat, muß fälschliche Aufficht an den ins Leben Hinauszuwachen vollenden, wenn nicht das ganze Wert der Hilschule zunichter und nutzlos Mühe gewesen sein soll. Es wurden gefordert: das 9. Schuljahr, die unbedingt notwendige und selbständige Hilschulbildungsjahre — eine unabweisbare Forderung, deren Ausmaß sich, das Berufsethos zu mehr — Generosität, Ehrlichkeit, Erziehung von Lehrkräften, Lehrerbildung, Lehrerbildung, Wanderbewerben, Hochschulpflicht, usw. — Eine rege Aussprache schloß sich an, besonders anregend durch die Beteiligung der verschiedenen Vereine. — Nach gemeinsamem Mittagessen folgte eine geschäftliche Sitzung der ganzen Nachmittag aus, in der u. a. die Einrichtung eines hilschulbezogenen Studienjahres in Halle beschlossen wurde, das die Beteiligung gegen den Reichsgesetzgebung, der als hilschulbezogen angeprochen wurde. Zum ersten Vorsitzenden wurde wieder Rektor Breitbarth, Halle, und Halle für die nächsten zwei Jahre als Vorsitz bestimmt.

- 1. weil die jenseits möglich erleichterte und gegenwärtig mangelnde Organisation der Hilschulen durch das Antragsrecht der Erziehungsberechtigten zerlegen würde in unverhältnismäßig kostspielige und leistungsschwache Hilschulen, welche die notwendige Differenzierung der beschuldigten Kinder nicht ermöglichen;
- 2. weil eine wirkliche „Einrichtung“ in die eigenartige religionsunabhängige Erziehungsbereitschaft an hilschulbezogenen Kindern durch Einbeziehung eines der Klassen-gewinnlich fremden Menschen unmöglich ist und der Versuch zu unethischen Erhebungen führt.

Indem der Provinzialverband Sachsen zugleich auf die unzulässigen Ziele und somit auf die volksgefährdenden Tendenzen dieses Gesetzes hinweist, nachdrücklich einmündig, erwartet von jedem Volksgenossen und verantwortungsbewussten Volkstretter, daß dieser Entwürfe schärfste Bekämpfung und Ablehnung erfährt. —

Halle. In der Versammlung der gewerblichen Mieter, in der Landtagsabgeordneter Hoff sprach, fand nachdrücklich die Entschiedenheit einmündig Annahme: Die im Saalbau des „Hohen Hof“ versammelten zahlreichen gewerblichen Mieter der Stadt Halle a. S. protestieren auf das Heftigste gegen die unerbürdige Art und Weise, in der das preussische Wohlfahrtsministerium glaubt, mit der Eröffnung hunderttausender gewerblicher Mieter umgehen zu können. Die bekannte Preussische Forderungsbewertung vom 11. November 1927 hat, wie in allen anderen Großstädten und mittleren Städten Preußens, so auch hier in Halle a. S. geradezu katastrophale Zustände hervorgerufen, ist es in Form von rückfälligen Minderungen oder in Form teils geradezu schamloser Mietssteigerungen, die wir im einzelnen nachmals den zuständigen Stellen unterbreiten werden. Die Bestimmungen des Mietsgesetzes vom 17. 3. 1927 haben sich bezüglich des hier vorerwähnten Schiedsverfahrens als ein völliger Fehlschlag erwiesen. Da der Mietsvermittlungsämtern keinerlei Schutzrecht zusteht. Zu dem Artikel 1 des genannten Mietsgesetzes, wonach die oberen Landesbehörden verpflichtet sind, über die Angemessenheit des Mietszinses allgemeine Grundsätze aufzustellen (Enderbestimmungen), sind bis jetzt die drück. Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen. Gegen diese Behandlung der gewerblichen Mieter erheben wir Protest und fordern die sofortige Durchführung des Mietsgesetzes. Von der Reichsregierung und dem Reichstag fordern wir einen ausreichenden Schutz der Lebensinteressen der gewerblichen Mieter. Wir erheben im Vorweg Protest gegen eine in diesem Augenblick untragbare weitere Forderung der Wohnungs-mieterschaft.

Briefkasten

Die Besorgungen für das 4. Quartal sind fällig. Gemäß unserer Ankündigung erheben wir die rückständigen Besorgungen durch Postnachnahmen zugänglich. Ewelen.

Eingegangene Gelder: M. B.-Angern 2,25 M., S. B.-Sandbeindorf 4,50 M., M. B.-Mittlererode 6,33 M., S. B.-Niederburg 6,68 M., S. B.-Mittlererode 6,33 M., S. B.-Grieben 4,65 M., S. B.-Dalle 2,75 M., S. B.-Haberstadt 4,65 M., S. B.-Diederich 4,13 M., S. B.-Niederleben 8,33 M.

Am Einzahlung der fälligen Gebühren wird freundlichst ersucht.

Fleischer-Innung, Magdeburg.

Plötzlich und unerwartet erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser hochgeschätztes Mitglied, der

Stadtrat Wilhelm Kobelt

im Harz, wo er Ruhe und Genesung suchte, sanft entschlafen ist.

Einen der Besten haben wir verloren, einen wirklichen Kämpfer für unser Gewerbe. Sein reiches Wissen, verbunden mit unermüdlicher Schaffenskraft, galten neben seinen eigenen Interessen dem Wohle seiner Vaterstadt sowie seinem Handwerk. Reich war sein Leben an Mühe und Arbeit, für jeden hatte er ein offenes Ohr, selten ging jemand ohne Trost und Hilfe von ihm. Sein Hinscheiden bedeutet für uns einen kaum zu ersetzenden Verlust. In stiller Dankbarkeit werden wir allzeit seiner gedenken.

Der Vorstand.

W. Bertram, Obermeister.

Die Demokratische Rathausfraktion hat einen schweren Verlust erlitten. Unser Mitglied

Stadtrat Wilhelm Kobelt

ist uns durch einen plötzlichen Tod entrissen worden.

Wir verlieren in dem Dahingeshiedenen einen der Besten unter uns. Ein Schaffer im wahrsten Sinne, ein Mann wirklichen Fortschritts, ein Mitbürger, der mit glühender Liebe an seiner Vaterstadt hing, ist mit ihm dahingegangen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Magdeburg, den 24. Oktober 1927.

Die Demokratische Rathausfraktion z. Magdeburg
Schüler.

Am 23. Oktober, früh 1/4 4 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein guter Schwiegersohn, unser lieber Bruder, Onkel und Schwager

der Stadtrat

Wilhelm Kobelt

kurz vor Vollendung seines 62. Lebensjahres.

In tiefer Trauer:

Marie Kobelt, geb. Richter
Gertrud Vahldieck als Nichte

Siebert & Würrbach, Magdeburg

Inhaber: Richard Siebert
Große Münzstraße 16. Fernsprecher 7230
**Kolonialwaren — Konferven — Delikatessen
Weine und Spirituosen.**
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weinäßig
Frankfurter Apfelsinen von Adam Radtke
Lieferung frei Haus.

Trinkt **Wiwa-Kaffee** er ist doch der beste
Willy Walter Kaffee-Einfuhr und Magdeburg
Röstkaffeeabtrieb
Großverbraucher wollen Großmuster mit
Engrospreisen fordern!

**Billigste Bezugsquelle
für Schuhwaren**
B. Wolff's Gelehenstraße
Schwertfegerstraße 14/15.

Franz Pützkuhl

Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche,
Krawatten, Stäbe, Handtücher,
Sofentragger.
**Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.**

Kartoffel- und Heuaukäufer

gejucht. Telefon. Offerten erbeten
Schulmann G. m. b. H.
Berlin-Halensee
Katharinenstr. 9 — Tel.: Umland 1783.

Schuhwaren

Damen-Lackschuhe	16.50	15.75	14.00	12.50	8.50
Damen-Spangenschuhe	11.00	10.50	9.25	3.50	7.25
Damen-Schnürschuhe	12.50	10.50	8.50		7.00
Herren-Stiefel	16.75	15.75	14.75	12.50	9.25
Herren-Halbschuhe	16.75	15.75	12.50	10.50	9.50
Kinder-Stiefel	10.50	8.50	7.75	6.50	4.50
Kinder-Lackschuhe	11.00	10.50	9.50		8.50
Kinder-Kamelhaarstiefel	5.00	4.40	3.50		2.85
Kamelhaar-Umschlagsocken	6.25	6.00	5.25		3.50
Kamelhaar-Niedertreter	6.50	6.25	5.25		4.25
Kamelhaar-Stiefel	6.25	5.25			4.45

Konsum-Verein

Jakobstr. 42 Ecke Peterstraße Jakobstr. 42

Danksagung

Jedem, der an
**Rheumatismus,
Ischias od. Gicht**
leidet, teile ich
gern **Kostenfrei!**
mit, was mich
schnell u. billig
kurierte. 10 Pfg.
für Rückporto
erwünscht.
G. Parschat,
Schleusenstr.
Oranienburg,
Lehnitzer
Schleuse Nr. 549.

Salzquelle!

Jeden Sonntag:

Konzert

Anschließend

Tanzkränzchen.

Parkrestaurant Vogelgefang

Täglich Konzert!

Der Dahlienflor ist
in voller Pracht

Kaufe im Konsum-Verein!

Inserieren
bringt
Erfolg!

Ahnen Sie

Worüber sich der Potsdamer Adel unterhält?
Wie die Frau Oberbürgermeister von Berlin
die Arbeitslosigkeit bekämpft?
Und was ein märkischer Pastor dem Zigaretten-
reisenden erzählt?

Erraten Sie

Welchen Eindruck Graf Keyserling auf Domela
gibt? Wie die Frau Oberbürgermeisterin
Was eine Schrippenkirche ist? gemacht hat?
Und was die Leipziger im Völkerschlachtdenk-
mal treiben?

Verstehen Sie

Warum so viele Deutsche z. Fremdenlegen gehen
Warum die Heilsarmee d. Singen nicht lassen kann
Die Abneigung unserer Verbrecher gegen die
Gefangenen-Fürsorge?

Wissen Sie

Wo der Welzen der deutschen Spiritisten blüht?
Wo man wegen beleidigten Gesichts bestraft wird?
Wo Goethe sinnend und dichtend gewandelt hat?
Und ...

Wie man Prinz von Preußen wird?

Harry Domela
gibt Ihnen Antwort in dem von ihm im Ge-
fängnis zu Köln Januar—Juni 1927 selbst ge-
schriebenem Buche:

Der falsche Prinz!

Mein Leben und meine Abenteuer

von **Harry Domela** (über 300 Seiten stark und
schön gebunden, kostet es nur Mark 2.80) zu
beziehen vom

Friedrich Wilh. Franke Verlag,

Köln-Lindenthal 44.

Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 88213
geg. Voreinsendung oder Nachnahme (Fortsch. 50)
Bestellen Sie sogleich! — Der Umschlag wurde
bereits gerichtlich beschlagnahmt!

Hotel und Restaurant

Weißer Bär

Bes.: Ad. Thürnagel.

Ab. Willy Schüler

Kunst- und Bauschlosserei
Magdeburg Fernruf 2354
Wallstraße 12
fertig

alle Schlosserarbeiten

an. Spezialität: Markisen, Scherengitter pp.

Lernit Auto fahren

bei **B U SCH**
Teleph. 1122, Magdeburg, Prälatenstr. 32

Homöopath. Biochemische Krankenbehandlung

Maachen, Prälatenstr. 14, II
Gde. Symmetrischstr.
Telefon 9212, Sprechst. 9-11 Uhr, 9-4
Sonntags 9-11 Uhr, Donnerstags keine
Sprechstunden. — Harnuntersuchung.

D. D. P.
Fernsprecher
8095

Deutsche Einheit

Wochenschrift

Herausgegeben von Reichsminister a. D. Graf Bernstorff
v. M. v. B. und Senator a. D. Dr. Stubmann.

Frei-Werk-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11
Bezugspreis: Vierteljährlich 6 RM.

In seinem Schlusswort verabschiedete sich Dr. Wagner gegen den Vorwurf des Landtagspräsidenten Baus, er sei ein „Schieds-„Friedstuch“. Er wünschte die faubere Trennung des weltlichen vom kirchlichen Unterricht, aber er erkenne nicht, daß unser Kulturgut unzerstörlich sei ohne die Berücksichtigung des Christentums. Er forderte zum Schluß auf, einmütig in der Forderung zusammenzufassen, daß dieser Schulgesetzentwurf nie Gesetz werde!

Landgraf, bleibe hart!

Entscheidung des Hauptvorstandes vom Anhaltischen Lehrerverein e. V. zur Ablehnung des Reichsschulgesetzentwurfes im Reichsrat.

„Nach den Zeitungsmeldungen hat das Land Anhalt im Reichsrat bezüglich des Reichsschulgesetzentwurfes einmal mit Erfolg beantragt, die anhaltische Volksschule (als staatliche Gemeindefachschule mit lehrplanmäßigem Religionsunterricht) unter den Schutz des Paragraphen 20 des Entwurfes bzw. des Artikels 174 der Reichsverfassung zu stellen; andererseits den Entwurf, da er auch in der Anhaltischen nicht genügende Bürgschaften für den unbedingten Fortbestand des anhaltischen Volksschulwesens bot, mit der Mehrheit der Länderminderungen abgelehnt. Diese beiden Maßnahmen des Anhaltischen Staatsministeriums kann der Hauptvorstand auf Grund der vorliegenden Vereinigungen und mit Rücksicht auf die gezielte Weiterentwicklung der anhaltischen Volksschule nur gut heißen, und er spricht darüber namens der im Lehrerverein zusammengefügten anhaltischen Volksschullehrerschaft seine Genehmigung aus. Der Hauptvorstand bittet gleichzeitig das Anhaltische Staatsministerium, den einmal eingeschlagenen Weg zur Sicherung und zum Segen der anhaltischen Volksschule auch in den künftigen Verhandlungen des Reichsrates und bei ähnlichen entscheidungsvollen Gelegenheiten unbeirrt bis zu Ende zu verfolgen.“

Der ewige Kampf um die Richtlinien

Es gärt im Zentrum

Es sind keineswegs nur die Mißerfolge des Reichskabinetts, deren Lösung in letzter Zeit auf die Stimmung der Regierungskoalition drückt. Die nervöse Mißstimmung und die aus ihr erwachenden Reibereien zwischen den drei großen Parteien, die diese Koalition tragen, sind ja eigentlich von ihrem Anfang an die mitnehmende Begleitmusik zu ihren politischen „Taten“. Unverkennbar aber haben sich die Gegensätze innerhalb der Koalition mehr und mehr vertieft, und die Formen, in denen sie öffentlich zum Ausdruck kommen, werden immer unerschütterlicher. Der „Sozialdemokratische Presseklub“ hat am Dienstag eine Zuschrift an parlamentarischen Kreisen des Zentrums veröffentlicht, die an Schärfe der Vorwürfe gegen die Deutschenationalen, an Beschwerden über die Launen der offiziellen Zentrumsführung und an dringenden Forderungen nach einer Veränderung dieser Zustände nicht zu wünschen läßt, und nebenbei auch die bisher nur in engerem Kreise bekannte Tatsache eines Mißtrauensganges des Reichsfinanzministers Dr. Köhler vor die weitere Öffentlichkeit bringt. Man muß im einzelnen die Verantwortung für die Missetat der in dieser Zuschrift aufgestellten Behauptungen der genannten Korrespondenz überlassen, hat aber immerhin aus der Tatsache, daß sich ein Zentrumsparlamentarier dieses Weges bedient, um seinem Herzen Luft zu machen, seine Schlüsse zu ziehen.

Die Zuschrift an den Sozialdemokratischen Presseklub findet im übrigen eine Parallele in dem Brief eines Zentrumsmitgliedes an das „Deutsche Volksblatt“, die in „Mittwoch-Abend“ erscheinende satirische Tageszeitung, in dem fast noch beweglicherer Lage und Schwere gefärbt wird über die Unzufriedenheit, in der die Führung der Zentrumspartei und ihrer Reichstagsfraktion ihre Wählererschaft schonen läßt. Die Mißstimmung werden hier als das Resultat bezeichnet, was dem aus gewisse Leute auf die Machtfrage zu gelangen wüssten, und ihre Mißachtung durch die Deutschenationalen wird als unerträglich empfunden. Man vermißt die in Aussicht gestellte gründliche Abrechnung und kann sich mit den „offiziellen“ nichtigen Auslassungen der Presse nicht zufrieden geben, und alle diese Beforgnisse führen zu der klaren Frage: Können wir noch die Zustimmung haben, daß das Zentrum in seinen Entschlüssen wirklich frei ist? Wenn ja, warum wird dann diese Freiheit nicht gebraucht, um die notwendige Klärung zu oder so zu bringen? — Derartige Auslassungen bedürfen kaum noch eines Kommentars, wohl aber führen sie zu einer grundsätzlichen Überlegung. Diese zieht einen Vergleich zwischen den Zuständen in der Koalition, die im Reich und der, die in Preußen regiert. Gewiß bestehen auch zwischen den preussischen Regierungsparteien Gegensätze, aber sie werden sachlich ausgetragen und ausgeglichen, und diese ruhige und geordnete Führung der Regierungspolitik in Preußen erinnert an ähnliche erfreuliche Zustände im Reich zur Zeit von Vorkriegsregierungen. Zu dieser einzig möglichen Art, positive Politik zu treiben, steht das, was wir an der gegenwärtigen Reichskoalition erleben, in trassendem Gegensatz — offenbar aus einem grundsätzlichen Fehler ihrer inneren Struktur.

Auf Befehl des Reichspräsidenten

Klarstellung dringend erwünscht

In einer deutschnationalen Werbeversammlung in Magdeburg-Wilhelmshafen hat der deutschnationale Landtagsabgeordnete Nord, Politz-Major a. D. nach dem „Magdeburger Generalanzeiger“ Ausführungen gemacht, die der Klarstellung dringend bedürfen. Nord weist darauf hin, daß er die Ehre gehabt habe, in einer Gesellschaft mit dem Reichspräsidenten zusammenzutreffen. Dabei habe der Reichspräsident eine Aeußerung getan, die — nach Nord — nur dann dem Sinne nach abgedeutet

werden kann, daß der Reichspräsident es bitter empfände, daß er, der sein ganzes Leben lang in seiner militärischen Laufbahn gedient gewesen sei, zu befehlen, jetzt schweigend müße und nur als „Schemel“ aelte, nachdem er die höchste Spitze des Reiches erreicht habe.

Nord hätte der Redegeher der anhaltischen Forderungen des Reichspräsidenten einen Kommentar an, der darauf hinausläuft, daß durch die kommenden Wahlen hierin Abhilfe geschaffen werden müsse, und daß die Deutschenationalen, wenn sie zur Macht kämen, es daran nicht fehlen lassen würden.

Es ist schon nicht geringenmaß, in einer Parteiverversammlung mit der Person Hindenburg gegen seinen oft ausgesprochenen eigenen Willen Klänge zu machen, so erscheint es bezeichnend, diese Klänge in einem Sinne zu betreiben, der nichts anderes befragt, daß Hindenburg selbst nur widerwillig seinem Amte nachgeht und eine Veränderung der Verfassung erhebt, die seine Befugnisse in den Artikeln 41 und folgenden genau umreißt, und die er beschwören hat!

Solcher Stimmungsmache sollte die Spitze abgebrochen werden durch unverzügliche Klarstellung.

Unbequeme Flaggenvorschläge

Die Initiative der „Vereinigung Republikanische Presse“

Die Vorschläge, die der Arbeitsausschuß der „Vereinigung Republikanische Presse“ zur Regelung der Flaggenfrage ausgearbeitet und der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen der Deutschen Demokratischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung vorgelegt hat, sind für deren gegenseitliche Durchsicht die Republikanische Presse zu einem längeren Besuche in den Kreisen der republikanischen Einheitspartei, in den Reihen der sozialistischen und in ihrem Recht verbleiben wollen. Der erste Vorschlag enthält ebenfalls für jeden Staatsbürger, der seine Pflichten gegenüber seinem Vaterlande kennt, eine Selbstverständlichkeit, wenn er verlangt, daß jeder Deutsche, der eine ausländische Flagge führt, in gleicher Höhe und gleicher Größe auch die Reichsflagge zu führen hat. Leider hat ja die Erfahrung gelehrt, daß diese selbstverständliche nationale Würde im Gegensatz zu wohl allen anderen Kulturländern in Deutschland bei gewissen Kreisen fehlt und ihnen erst sehr nachdrücklich anmerken werden mußte, ehe sie sich zu ihr bekamen. Deshalb ist es wünschenswert, daß diese Frage, wie es ja auch in einer Reihe anderer Länder der Fall ist, bei uns gesetzlich geregelt wird. Der zweite Vorschlag beschäftigt sich mit der Größe der schwarzrotgoldenen Fösch in der schwarzweißroten Handelsflagge und fordert, daß sie ein Viertel des Flaggentuches ausmache. Auch diese Forderung ist durchaus berechtigt, wenn man daran denkt, wie mit auserwählten kleinen schwarzrotgoldenen Föschlein in riesigen schwarzweißroten Flaggen der Begriff der Fösch geradezu verhöhnt wird, und wie dann — natürlich zufällig — durch mehrfachen Umhängen des Tuches am den Flaggentuch die Miniaturgröße zum Vergleichsgegenstand gebracht wird. Der einschneidendste Vorschlag ist aber der, der fordert, daß die Reichswehrlage schwarzrotgold sein soll mit dem eisernen Kreuz in der Mitte. Die Begründung dieses Vorschlages liegt nicht nur sachlich und richtig in den Voraussetzungen auseinander, die gegen eine besondere „Kriegs“-Flagge und für eine Vereinheitlichung auch auf diesem Gebiet sprechen. Es war zu erwarten, daß insbesondere gegen diesen Vorschlag der beständige Widerstand von rechts her entgegen würde und er hat nicht auf sich warten lassen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ macht sich zu seinem höchsten Sprachrohr, nachdem sie den Vorschlag hinsichtlich der Größe zu transponieren, verlangt und der über die ausländischen Flaggen präsumiert als „diskutabel“ bezeichnet hat. Sie vertritt den ersten Reichstagsfraktionen gegen die republikanische Forderung auszusprechen und klammert sich an die schwarzweißrote Kriegsflagge des alten Heeres, da sie eine schwarzweißrote Kriegsflagge der alten Armee nur einmal nicht erinbern kann. Ihre Polemik ist mehr aufgeregt als sachlich begründet und zeigt, wie unabweim die republikanischen Vorschläge zu einer Vereinigung der Flaggenfrage den Kreisen sind, die an der Wahrung des Streites ein besonderes Interesse haben, weil sie sonst kaum noch Agitationsstoff gegen die Republik zu finden vermögen.

Die Kirche wärnt vor dem Stahlhelm

Der Breslauer würdtbischöflich Kardinal Vertra bringt die Warnung der vorjährigen Fuldaer Bischofskonferenz vor den regis- und Interdiktalen Organisationen noch einmal in Erinnerung, da besonders in Oberhessen der Stahlhelm neuerdings einen großen Werbesieg mit der Behauptung veranlaßt, die bischöflichen Warnungen vor dem Stahlhelm seien zurückgenommen worden. Vertra stellt diese Behauptung als eine glatte Unwahrheit fest und erklärt, die Warnung werde nach wie vor aufrecht erhalten.

Nemter-Skandal in Braun'schweig

Aus Braunschweig wird uns mitgeteilt: Im Preussischen Braunschweig finden am 27. November die Landtagswahlen statt, die die Entscheidung darüber bringen sollen, ob die letzte reine Reichsregierung, die wir noch in den deutschen Ländern haben, und die sich bisher auf eine Einstimmen-Mehrheit von den Reichstagen bis zur Wirtschaftspartei stützen konnte, aufrecht erhalten bleibt. Es kann kein Zweifel sein, daß die Lage dieser Reichsregierung und Reichsmehrheit gefährdet sind. Trotzdem der Wahltermin bereits vom Landtag festgesetzt worden ist, hat die Braunschweigische Reichsregierung die Stelle eines Landesführers noch besetzt, obwohl der bisherige Amtsinhaber (Sozialdemokrat) erst mit Wirkung vom 31. Dezember d. M. ab pensioniert worden ist. Sie hat ferner noch in aller Eile den Polizeipräsidenten-Böhlen besetzt:

nachdem man den bisherigen demokratischen Polizeipräsidenten aus dem Amte gedrängt hatte. Aber diese Maßnahmen werden noch von einem dritten Fall überboten. Der jetzt noch dem Kabinett angehörende Reichsminister Gieseler wird jetzt noch vor der Reuewahl zum Stadtdirektor des Kreises Solzminnen bestellt, nachdem die Einstimmen-Mehrheit der Reichsparteien mit einem freudigen Beifall der Regierung überhanden e hat. Es ist wohl einzig dastehend, wie hier ein Mit einer Reichsregierung, die ihren Namen Sturz voraus für sich selbst zu sorgen weiß und sich schamlos einmüßig guten und hohen Amtsposten sichtet, wie ist das ein Zeichen dafür, daß die letzte Regierung ihre Mehrheit den Wahlskampf verloren hat, noch e begonnen hat; die Ratten verlassen das sintende Z Jageloh aber jetzt diese „Fürsorge“ in eigener Angelegenheit, wie und wo wirklige „Güterrippenpolitik“ geht wird.

Erfolge der Linksparteien

Wahlen in Hamburger Landgebiet.

Am Sonntag fanden im hamburgischen Landgebiet die Wahlen zum Landesausschuß und zu den Stadt-Gemeindevertretungen statt. Nach dem Ausfall der Wahlschicksal vom 9. Oktober in Hamburg sah man Ergebnis der Wahlen im Landgebiet mit besonderer Spannung entgegen. Gewiß wurde in den Städten Cuxaburg, Bergedorf und Geesthacht (Wahlkreis I) und in 28 e Gemeinden (Wahlkreis II). Der Landesausschuß hat sich einer kommunalen Kammer fast als gesamte bürgerliche Landgebiet. Der Ausfall der Bürgerkriegs vom 9. Oktober in Hamburg hat sich insofern auf Landgebiet ausgewirkt, als die Sozialdemokraten im und 2. Wahlkreis je einen Sitz gewonnen haben, in auch die Demokraten einen. Der Einfluß der Sit ist also auch hier gefallen. Auch in den 28 Landgemeinden ist bei den Gemeindevertreterwahlen eine Zunahme Stimmen der Linksparteien zu verzeichnen.

Ein „erschütterndes Erlebnis“

Wir lesen in der neuesten Nummer der „Deutschen Republik“ (Herausgeber Josef Reich) die reizende Geschichte aus der Stanzzeit Wilhelms

Am 13. April 1909 reiste Wilhelm II. von Berlin e Benedikt. Der kaiserliche Hofzug bestand aus sieben je achtsigen Wagen und drei vierachsigen Waagen, gabte also zusammen 54 Achsen; eine auch in der Vorbereitungszeit ungewöhnlich harte Belastung. Der Zug fuhr über Lein Hauptbahnhof damals noch nicht eröffnet war, mo also von Schönefeld nach Connewitz, d. h. von der West auf die bagerliche Linie übergeführt werden. Zwei sächsische Schnellzuglokomotiven, soeben frisch lackiert aus der Werkstatt zurückgekehrt, waren ihm vorgeordnet. Auf ihnen landete die, wie bei solchen Anlässen, außer Führer und scheinbar ein höherer Beamter der weiland königlichen Sächsischen Staatsbahnen, bereit, trotz seiner weissen Dienströcke, jeden Augenblick einzugehen, falls das Lokomotivpersonal es an der nötigen Vorrichtung bedürfte. Und tatsächlich; das Unglück schreitet näher.

Bestigte Verbindungsstrecke wies zahlreiche Stellen aus und Weichen auf, so daß an verschiedenen Stellen das fahrende Fahrzeug (45 Kilometer in der Stunde) vorgefahren mo Bei der Fahrt des Hofzuges passierte nur an einer die kritischen Weichen das Waldburg; zwar keine Entgleisung aber für den kaiserlichen Hofzug immerhin schlimm genug. Die Waagen erlitten — wie es näher im „amtlichen Bericht“ hier — „eine harte Erschütterung“. Diese harte Erschütterung hatte etwas Furchtbares zur Folge: der Kammerdiener Felner, der soeben im Salonwagen den 2 auf einem fahrbaren Servolo aufstieg, glitt hin, und kam samt Teeservice lagen auf dem Boden. Allgemeiner Aufruhr, die Lokomotive wurde gezogen. Nachdem die Ursache der Erschütterung festgestellt worden war, fuhr der Zug e bienen Maria entgegen.

Damit sollte die Geschichte eigentlich zu Ende sein, als sie fängt erst richtig an. Dieses im wahren Sinne des Wort „erschütterndes Erlebnis“ das Wilhelm II. zu einem unwilligen Halt von wenigen Minuten veranlaßt hatte, bildete in den Monaten April und Mai des Jahres 1909 den Gegenstand einer eingehenden Untersuchung durch die königliche Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahn. Wenige Tage nach dem ominösen 13. April kamen zwei Geheimräte — ein Oberbauamt von der Generaldirektion in Dresden mo Weitzig, um einen „Augenschein“ vorzunehmen. Ja drei drei Vertretern der Zentralbehörde gefielen sich noch ein Baureise als Weitzig selbst. Nachdem der Augenschein so schicksalhaft erfolgt war, wurde, um ganz sicher zu gehen ein möglichst scheinbar schwerer Zug von 54 Achsen zusammen gestellt, auf sächsische Schnellzuglokomotiven der gleichen Bauart wie beim Hofzug vorgefahren, und damit die Unglücksstelle befabren, aber nicht etwa nur einmal, sondern drei vier- und mehrmals, und zwar jedesmal mit gefesteter Geschwindigkeit. Dadurch wollte man herausbringen, ob welchen Punkt der Geschwindigkeit das erlaubte Maß überschritten war.

Und nun kommt das Allerjüngste: während dieser wiederholten Fahrten wurde in einem der Wagen, der der kaiserlichen Salonwagen markierte, ebenfalls ein Teeservice aufgestellt und in Bezug auf seine Schmutzungen beobachtet. Man stellte sich nun dieses geradezu rätselhafte Bild vor: zwei Geheimräte, ein Oberbauamt und mehrere Baureise scheinbar dienstbefähigen im Salonwagen, und fahrten mit vorgeordnetem ein — Teeservice in der Mitte des Wagens. All e fällt es nicht? Wo liegt die Grenze? Bei 40 Kilometer, bei 45 Kilometer oder mehr? Starren und Warten, bis das Teeservice ihnen endlich bei 45 Kilometern den Gefallen mo und — umfällt. Nun armete man förmlich auf.

Der Kampf um die Angestellten-Versicherung

Kapitalbedürfnis- oder Umlageverfahren?

Von Wilhelm Böhm, Berlin (S. D. M.)

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten und die ihm im Zusammenhang für die soziale Versicherung der Angestellten zusammengefassten Verbände lehnen das Umlageverfahren ab, weil sie darin eine Verstärkung der Leistungsfähigkeit und Sicherheit der KV. erblicken. Sie wollen den Ausbau der KV. unter Beachtung einer gesunden Beitrags- und Leistungspolitik erreichen. Die im Hinblick vereinigten Organisationen betreiben dagegen den Übergang der KV. zum Umlageverfahren. Sie wollen die Leistungen annähernd verdoppeln, ohne der KV. auch nur einen Pfennig neuer Mittel zur Verfügung zu stellen.

Kapitalbedürfnis- oder Umlageverfahren in der Angestelltenversicherung? Diese Frage bildet den Kern der Auseinandersetzungen, die den in den nächsten Wochen erzielenden Vertrauensmännerversammlungen zur KV. vorangehen. Es handelt sich dabei zweifellos um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, die die Existenz der KV. unmittelbar berührt wird. Das heute in der KV. Anwendung findende gemischte Verfahren wirkt sich nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsanstalt in ihrem letzten Jahresbericht etwa als Kapitalbedürfnisverfahren aus. Im Wesen dieses Kapitalbedürfnisverfahrens liegt es, die Beiträge so zu bemessen, daß nicht nur der momentane Bedarf gedeckt wird, sondern daß auch Reserven in einem Umfang gesammelt werden können, daß mit ihrer Hilfe die jeweils laufende Rentenansprüche für ihre ganze Laufzeit gedeckt sind. Das geregelte Umlageverfahren beruht auf einer meist einjährigen — Beitragsperiode. Es erhebt also nur soviel, als augenblicklich fällig für die Erfüllung der Leistungen, Vorkostung der Verwaltungskosten usw. benötigt wird. Eine Bildung von Rücklagen findet nicht, oder doch nur in beschränktem Umfang für gewisse außergewöhnliche Notfälle statt. Das Umlageverfahren kann daher unbedenklich angewendet werden bei Versicherungen, die wie z. B. die Krankenversicherung, mit Versicherungsleistungen von kurzer Dauer, mit einer verhältnismäßig gleichbleibenden Zahl der Leistungsempfänger und schließlich mit einer gleichbleibenden Zahl der Versicherer und damit der Beitragszahler rechnen kann. Dieses Verfahren kann daher auch ohne weiteres benutzt werden bei fast allen Sachversicherungen, wie Feuer-, Hagel- usw. Versicherungen.

Wichtig unbrauchbar erscheint das Umlageverfahren aber für eine Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, wie es doch die KV. ist. Die einzige Voraussetzung, die hier vorläufig erfüllt wird, ist, daß die Zahl der Versicherer vorläufig keine Einschränkung erfährt. Danach sind weder die Leistungen kurzfristige — die Invalidenrente laien Jahre, je Jahreshälfte — noch ist die Belastung eine gleichmäßige. Es liegt im Gegenteil in der Natur jeder derartigen Rentenversicherung, daß sich die Zahl der Rentenempfänger von Jahr zu Jahr vergrößert, und daß die Belastung der Versicherung infolgedessen auf Jahrzehnte hinaus ansteigt, wie ja die Beispiele der Invaliden- und Knappschaftsversicherung das auch bezeugen. Die Anwendung des Umlageverfahrens auf die KV. würde also eine unangenehme Steigerung der Beiträge bedeuten. Sie würde es mit sich bringen, daß zwar im Augenblick die Beiträge niedriger gehalten werden könnten, als sie tatsächlich sind. Doch würde sich diese Differenz infolge des unangenehmen Anstieges der Zahlen sehr bald wieder ausgleichen, um abdam mit Naturnotwendigkeit das Doppelte, Drei- und Mehrfache der heutigen Beitragsätze und damit Beiträge zu erreichen, die einfach nicht aufzubringen sind. Eine völlige Umtragung der

Leistungsfähigkeit und Leistungssicherheit der KV. würde also die unausweichliche Folge einer solchen Maßnahme sein. Mindestens 90 Prozent der heutigen Versicherer würden nicht die geringste Gewähr mehr haben, nur im Falle ihrer eigenen Berufsunfähigkeit als Gegenleistung für ihre jahresfristliche Beitragszahlung auch in den Beruf unangenehmer Leistungen zu gelangen.

Die große Mehrheit der Versicherer, die im Hauptanschlag ihre Vertretung sieht, lehnt es daher ab, um eines augenblicklichen geringen Vorteils willen die Existenz der ganzen KV. aufs Spiel zu setzen. Auch sie will selbstverständlich eine Erhöhung der Renten, aber nicht auf Kosten der Sicherheit für die Erfüllung der Leistungspflichten.

Deutschland im Spiegel des Auslandes

Von Josephine Bloch.

Die Verlangsamung, die im Tempo des Ausbaus der deutsch-französischen Beziehungen seit einiger Zeit zu beobachten ist und infolge der bevorstehenden Neuwahlen in einem Teil der europäischen Länder auch auf andere Probleme, wie z. B. die Organisation des Friedens überhaupt, übergrift, wird im Ausland offenbar dazu benutzt, um die bisher gegangenen Irrwege auf Deutschland und über das deutsche Volk etwas nachzuprüfen. Man möchte uns fragen, wie wir wirklich sind. Aus Politik.

Es ist natürlich für uns interessant zu wissen, wie das Ausland über uns urteilt, wo es die bei uns wirksamsten Kräfte sowie bestimmte Vorgänge anderer völkischer Lebens weite. — Hat früher im Ausland ziemlich allgemein die Vorstellung von den „Zwei Deutschland“, nämlich dem Deutschland von Potsdam und dem von Weimar — als notwendig, so hatte man sich seit Hindenburgs Tode in Tannenberg daran gewöhnt, dem Welt von „Zwei Deutschland“ den „Welt von Doornik und Genf“ gegenüberzustellen, um das heutige Deutschland zu charakterisieren. Dieser Auffassung von den „Zwei Deutschland“ tritt nun der bekannte und um die deutsch-französische Verständigung verdiente französische Publizist Graf Wladimir D'Ormesson im „Temps“ vom 7. Oktober d. J. entgegen, indem er von dieser schematischen Charakteristik abgeht und Deutschland unter dem Gesichtspunkt der in ihm wirkenden völkischen Kräfte betrachtet.

Für D'Ormesson enthält die Bezeichnung der „Zwei Deutschland“ zu viel, wenn man Deutschland als politische Macht betrachtet, die das deutsche Volk in einer der bewegtesten Stunden seiner Geschichte trennen.

Unter diesem letzteren Gesichtspunkte aber glaubt D'Ormesson „drei“ Deutschland unterscheiden zu können. Eines, das dem untergegangenen Regime noch weiter anhängt, das an die Dohstolische glaubt, das im Völkertum nur heuchelt und sich sieht, um Deutschland auszusaugen und auszunutzen. Das an die Willkürmacht glaubt und in der Monarchie die Rettung sieht, das getrennt das Deutschland von Tannenberg hieß und das man heute das Deutschland von Tannenberg nennen könne. Mit diesem Deutschland sei kein Friede möglich.

Weiter gebe es das Deutschland der Pazifisten, für die der Friede die Herstellung einer Ära des demokratischen Idealismus ist. Man dürfe sich nicht irren, wenn diese begeisterten Anhänger der „reinen Idee“ mit Freigebigkeit die Fortdauer eines anderen Geistes in Deutschland denuncieren. Daneben seien die Demokraten und Sozialisten, die in ihrem Friedenswillen sich jedoch auf eine realistische Basis stellen. Diese entschiedenen demokratischen Elemente stellen gegenüberwärtig eine beachtenswerte Masse dar, wobei noch das entschiedene republikanische „Reichsbanner“ nicht zu übersehen ist. Aber, so fragt D'Ormesson, denen man sich vor 30 Jahren noch nichts träumen ließ, und schon sind neue Werkstoffe in Vorbereitung. Vielleicht ist Verhüllum eines Tages Aluminium ab, vielleicht werden eines Tages auch neue Legierungen gefunden, die technische Qualitäten aufweisen, von denen wir heute noch nichts wissen. Da ist z. B. neuerdings ein gefährlicher Konkurrent des Porzellan aufgetaucht, Sialt heißt dieser Konkurrent, der, aus Sioefstein gebrannt, nahezu die gleichen hervorragenden Eigenschaften des Porzellans hat, dessen aber fast unerschöpflich ist. Vielleicht ist dieser neue Werkstoff schon der geeignete Stoff für Isolatoren, vielleicht muß man aber auch noch weiter suchen und weiter probieren.

Und das ist die zweite große Aufgabe der Werkstoffwissenschaft. Hier wird nicht nur der Werkstoff gesucht, sondern auch die verschiedenen Präfungsbedingungen auf Druck und Zug, auf Viesefähigkeit, auf Dehnbarkeit, weiter werden auch die sehr wichtigen Korrosionserscheinungen, die der Stoff bei den Werkstoffen hervorruft, dann aber auch die Einwirkungen der Säuren, die Einwirkung des Wassers und Ähnliches mehr. Dinge, an die man früher überhaupt nicht gedacht hat, müssen heute geprüft und beachtet werden, so z. B. die Eschgewand, das aus Metalle erwidet. Mehr als 200 Maschinen der verschiedensten Art sind für Prüfungsarbeiten geschaffen worden, und werden hier in voller Tätigkeit vorgeführt. Aus Kleinmaschinen werden bei bestimmten Graden Metalle entnommen, um ihre Eigenschaften unter bestimmten Voraussetzungen nachzuprüfen.

Das Hauptereignis dieser großen Werkstoffschau aber ist das elektrische Prüffeld. Da steht auf einer Kommandobrücke ein Ingenieur, in dessen Hand Donner und Witz gegeben ist. Blaue Witzle zuden jüdischen großen Metallglocken, und von der Decke herab hängen riesige Hochspannungsisolatoren, die an eine gigantische Tempelkuppel erinnern. Diese Isolatoren sollen geprüft werden, das ist der Sinn dieser Einrichtung. Zeigen sich Fehler in den Isolatoren oder werden sie über das zutragliche Maß hinaus belastet, so setz ein Brausen und lautes scharfes Knistern ein. Dem

wohl unter dem im Auslande herrschenden Eindruck, daß die demokratischen Elemente in Deutschland sich gegenüber der heute durch die Designationallenen beiderseitigen Regierungen so wenig durchsetzen können, „sich diese verabschieden und verabschieden mancierte pazifistische und friedliche Strömung die Mehrheit des deutschen Volkes mit sich?“ Er glaubt, mit „gewiß nicht“, antworten zu müssen.

Ein drittes Deutschland endlich sieht D'Ormesson in der Synthese aus dem alten und dem neuen Deutschland, deren Volkung er heute zu beobachten glaubt. Friedlich dieses dritte Deutschland? — D'Ormesson glaubt, dies verneinen zu müssen. — Allerdings im ideologischen Sinne des Wortes. Dieses Deutschland stelle sich auf eine logische, nicht aber auf eine moralische Basis. Es sei realistisch. Es habe erkannt, daß man die Interessen eines Landers anders als nur mit Waffen verteidigen kann und muß. „Werden wir friedlich?“ denken die Deutschen, aber nicht um abzugeben, sondern im Gegenteil, um stark zu werden. Denn die Zukunft gehört dem Frieden. Die Nationen, die hypotheziert durch die alten Gewohnheiten bleiben, werden rasch ins Hintertreffen geraten. Der Friede ist mehr noch als der Krieg eine Wissenschaft. Die Zukunft gehört dem, der den Frieden am schnellsten lernt und ihn ohne Jögern in die Tat umsetzt, denn diese Wissenschaft wird die wirtschaftliche Entfaltung, die wahre Herrschaft des Reichstums und des Wohlstandes sichern. Die Deutschen nämlich sich hierin die Unerfahrener zum Vorbild.

Nachdem D'Ormesson diese drei Strömungen in Deutschland aufgezählt hat, zieht er daraus folgenden Schluss: Das Deutschland, das man im Auslande zu sehen wünscht, nämlich ein reines Deutschland, das sein Sozialismus mit Gleichmut hinnimmt, ohne Ergeiz, erklärt nicht oder höchstens in der Einbildung. Abgesehen von einigen Idealisten à la Rousseau findet man in Deutschland nicht den Deutschen wie man sich ihn in Paris vorstellt. Er erklärt nicht einmal bei der Sünden und nicht in den demokratischen Reihen Deutschlands. Wollte man eine Politik auf der Basis dieses Deutschlands aufbauen, so würde man sich an eine Wölfe hängen. Betrachten wir also Deutschland so, wie es ist, schließlich D'Ormesson, so ergibt sich, daß wir mit dem Deutschland von Potsdam und Tannenberg, mit dem Deutschland der Weimar und Mdrna nichts anfangen können. Will dem demokratischen Deutschland, das sich an Genf und Doornik orientiert, kann man sich gewiß verständigen, wenn man gewisse Schwierigkeiten berücksichtigt, die sich nicht im Hunderten beseligen lassen. Aber dieses linke Deutschland, so möchte es auch ist, ist nicht das herrschende Deutschland. Man müsse wissen, was man von jenem dritten Deutschland zu denken habe, das die Brücke sein soll zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. Denn unter seinem Gesichtswinkel müsse man das jetzige Deutschland und sogar das Deutschland von Doornik sehen, durch dieses Deutschland müsse man die Punkte aufsuchen, die Frankreich von Deutschland trennen oder es mit ihm verbinden. D'Ormesson sieht die Aufgabe der Stunde darin, zu erkennen, wie man sich mit diesem neuen Deutschland verständigen könne, diesem Deutschland, das friedlich geworden ist aus dem Sinn zur Wirklichkeit, aus wirtschaftlicher Logik, aus schöpferischer Dynamik, das den Frieden als die Bedingung der modernen Macht, betrachtet.

Aus der Deutschen Republik.

— Gegen die Friedhofshändler. In letzter Zeit sind besonders viele Grabhügeln, meist völlige Ausbreitungen auf jüdischen Friedhöfen, vorgekommen. Der Preussische Innenminister hat die Polizei zu besonders scharfer Verfolgung dieser Untaten angefordert und angeordnet, daß überall sofort genügend hohe Belohnungen auf Ergreifung der Täter ausgesetzt werden.

Wunder des Werkstoffes

Großwunder der Technik.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Viele Monate hat man in technischen Kreisen mit Spannung auf die große Werkstoffschau gewartet. Nun ist diese Werkstoffschau in Berlin zur Lande geworden, und schon ein kurzer Ueberblick läßt erwarten, daß die Werkstoffschau ein technisches Weltereignis werden wird. Was hier in Berlin geschildert wird, ist keine Ausstellung wie so viele andere Ausstellungen. Dies ist eine Einmaligkeit, die nicht nur dem Daten, sondern auch dem Fachmann Staunen und Bewunderung abnötigt. Was sonst in Ausstellungen zu sehen war, das war das Endprodukt. Hier wird das Material gezeigt und hier wird bewiesen, daß ohne das hochwertige Material keine Qualitätsarbeit möglich ist. Diese hochwertige Material ist nicht nur ein Kurus, sondern hochwertiges Material ist eine Notwendigkeit nach den verschiedenen Wärdungen hin. Ein fehlerhaftes Stück Eisen kann beim rasenden Flug eine Katastrophe anrichten. Ein Stücken Stahl, das nicht allen Anforderungen gewachsen ist, ist vielleicht erst fähig im Thüringer Wald die Ursache jenes grauenhaften Unfalls gewesen, dem der deutsche Volkstäter in Washington zum Opfer fiel.

Die Berliner Ausstellung verbannt ihr Daten vor allem, den vier technischen Verbänden, dem Verein deutscher Ingenieure, dem Verein deutscher Eisenhüttenleute, der deutschen Gesellschaft für Metallkunde und dem Zentralverband der deutschen Eisenhüttenleute und dem Zentralverband der deutschen elektrischen Industrie. In diesem Zusammenwirken zeigt sich schon die Gemeinsamkeit zwischen Werkstoffzeuger und Werkstoffverbraucher, und tatsächlich sind auch beide Gruppen an dieser Ausstellung in höchsten Maße beteiligt.

Der Werkstoff zeigt dem technischen Fortschritt Grenzen. Neuen Werkstoff zu erfinden, die Qualität der vorhandenen Werkstoffe erhöhen, heißt neue Arbeitsgebiete der Technik erschließen. Da ist z. B. Aluminium, das heute bereits Anwendungsmöglichkeiten in der Technik gefunden hat, von

Wunde bietet sich ein überwältigendes, bewunderndes Bild. Aber nicht Ziel und Planlos fügen die elektrischen Witz durch den Raum, in der Hand des Ingenieurs am Schaltkasten liegt es, ihnen Weg zu legen, die Spannung zu verringern oder zu verstärken, und die Höchleistung, die hier erreicht werden kann, ist eine Million Volt. Es gibt sicher wenig Hochspannung und sicherlich noch weniger Daten, die je etwas Bedeutendes bereits gesehen haben. In der Geschichte der deutschen Technik wird diese Ausstellung sicherlich ein Meilenstein sein.

„Die Große Parade“

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der blutdürstige Kriegs- und Friedensfilm „Die große Parade“ ist nun doch zum ersten Mal in Berlin öffentlich gezeigt worden, und hat eine tiefe und nachhaltige Wirkung hinterlassen. Man hat sich bei der öffentlichen Vorführung in Berlin zu Streikungen entschlossen, um Stellen zu vermeiden, die dieses Gemahnen verletzen könnten. Die erschütternde Wirkung dieses Films aber ist gebrochen, und dieser Film zeigt weit besser, als der früher von der USA herausgebrachte Film „Der Weltkrieg“, was das Kriegserlebnis tatsächlich ist. Gemüht sind die Szenen im Granatloch und auf dem Schützengraben gefolgt, aber der Regisseur King Vidor hat es verstanden, reinste Menschentum sichtbar zu machen. Wenn die Explosion noch ein wenig breiter gestaltet wird, so jergieren sich scharfsten die Spannungsmomente zu dramatischer Höhe. Dazu kam das meisterhafte Spiel nicht nur der Hauptdarsteller John Gilbert, der den amerikanischen Soldaten darstellte, und der Rene Aderne, die die kleine Französin Jeanne verkörperte, und die abstrusen Leistungen waren ausgezeichnet, und unvorstellbar war vor allem jenes Bild, das den nicht endendolichen Krieg verbeulichte: eine lange Straße, die sich in der Ferne verliert und hintereinander auf dieser Straße ein Kraftwagen nach dem anderen, hunderte und tausende, und auf diesen Wagen Soldaten, tausende und sehtausende, die alle in die Schlacht fahren. ...

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

„Politische Wegweiser“ erscheint wöchentlich am Sonntag. - Preis: 70 Pfennig monatlich. - Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und der Verlag „Galle“ (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Magdeburg.

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsführung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abgabe des Preises für die Jahrgangspolizei-Mitglieder-Geld 10 Cent. - Abgabe im Abonnement 1 Mark. - Versendungsgebühr nach dem Betrag des politischen Wegweiser, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

nummer 44

Halle (S.), 29. Oktober 1927

3. Jahrgang

Wilhelm Kobelt

* 5. Nov. 1865 — † 23. Okt. 1927

Von Oskar Über — Gardelegen

Wer den unbewußtlich scheinenden rüstigen Mann jahrgelungelt und noch vor ganz kurzer Zeit gesehen, mit ihm gearbeitet und sich über die Probleme und Aufgaben der Gegenwart unterhalten hat, der kann es kaum fassen, daß der Schmitter Tod so rasch und scheinbar so unermittelt an ihm sein unheimliches Werk vollbracht haben soll. Und doch ist nichts zu ändern an der Tatsache: Wilhelm Kobelt hat nach dem unabänderlichen Gesetz von Werden und Vergehen der Natur ihren Tribut gezahlt, und wenn diese Jellen gelesen werden, hat die besprechende und verkündende Stimme ihr Werk getan und von des Toten herrlicher Halle nur ein Häufchen Asche übrig gelassen. Von den Zweigen nieder taumeln auf die Gräber herab entfärbte Blätter der herblichen Totentanz.

Wir hätten demnachst unser silbernes Bekanntheitsjubäum feiern können. So ungefähr vor zwei Dutzend Jahren wurde ich durch Paul Seifert nach einer von Wilhelm Meinecke geleiteten Hörervereinversammlung mit Wilhelm Kobelt persönlich bekannt, und wir sind seitdem auf der Grundlage reiflicher gegenseitigen Vertrauens in allen Fragen persönlicher, wirtschaftlicher, kommunaler und politischer Art in Freud und Leid ununterbrochen miteinander in Verbindung geblieben. Er ist gegen einen Schritt unternahm, der mit Verantwortung verbunden war, nahm er Gelegenheit, dazu meine Meinung zu hören. „Wer nicht einseitig urteilen und handeln will, muß in wichtigen Dingen auch die Ansicht eines andern kennen lernen; man kommt sonst zu leicht in die Gefahr, sich zu sehr von seinem Beruf und seiner täglichen Umgebung beeinflussen zu lassen, was seine Begründung. Mit Eifer und Hingabe arbeitete er an der Hebung und Förderung des Handwerks und seines bestellten eigenen Gewerbes. Dabei war er ein gezielter und zielbewußter Forscher geistiger Entwicklung und fortschrittlicher Anstrebens in Bezug auf Betriebsverhältnisse, Organisation, Geschäftsabläufe. Was sich überlebt hat, muß weg, sonst wird es zum Hemmschuh und richtet nur Schaden an. Die Welt läuft, und wir müssen mitlaufen. Wer hinterher kommt, kann nur das aufheben, was die andern wegwerfen oder liegen gelassen haben.“ In Bezug auf die Pflege der Berufsinteressen hat er in Innung und Verband mehr als einmal mit aller Schärfe betont: „Ich kann mich ein für allemal nur für solche Forderungen einsetzen, die im Rahmen des Gesamtwohlens liegen. Wenn ich als Inhaber eines öffentlichen Amtes nichts weiter bin als der Heiße ermeister Kobelt und die Deffektivität in mir nur der Vertreter eines einzigen Berufs erblickt, dann sinkt mein Gesamteinfluß auf Null herab.“ Diese Einstellung war das Ergebnis einer zwischen uns geführten langen Unterredung, als Wilhelm Kobelt im Begriff stand, in das öffentliche Leben einzutreten. Er ist dieser Einstellung treu geblieben bis zu seinem letzten Tage in einer langen reifen Tätigkeit, die ihm viel Mühe, aber auch hohe Anerkennung und volle innere Befriedigung brachte. Wir haben plaudernd vor kurzem beleuchtet und sprachen über der Zeiten Lauf, und es fielen dabei mahnende Worte darüber, daß sich das Gemeinwohl nichts als Bedürfnis und Umbau bringt, und unter geschickter Freund tröstete: „Laß dich nicht so sehr aufregen — wir haben miteinander doch mancher guten Sache zum Durchbruch verholfen und manches Schädliche mitzubeheben können — damit muß man sich zufrieden sein.“ Vor fünfundsiebenzig Jahren besah Wilhelm Kobelt ein kleines Grundstück mit sehr bescheidenen und beschränkten Wohn- und Betriebsverhältnissen in der Großen Schulstraße. Wie schon seine Existenz und wie gewissenhaft seine berufliche Lebensauffassung war, schilderte er mir einmal in einer vertrauten Unterredung. Seine baren

Betriebsmittel bei der Einrichtung des Geschäfts reichten gerade aus zur Bezahlung von zwei Schlachtereien. Am Sonnabend nach Geschäftsschluss machte er Kasse und „Inventur“, indem er bei herabgelassenen Kolläden die Stellegelner bestieg, die vorhandenen Wärfle und Spediteien überzählte und zählte.



Wert abschätzte, um festzustellen, ob ihm die verflorenen Kasse nicht etwa zurückgeblieben habe. Etwa 1908 hebte er nach dem Wärfle über, um später seine Wohnung nach der Auguststraße zu verlegen, während der Geschäftsbetrieb an der bisherigen Stelle verblieb. Wie bisher im kleinen, so wurde daraus nach und nach ein Mutterbetrieb in ausgebreiteterem Umfange. Nur das Merseburger und das Merseburger ist konkurrenzfähig oder der Konkurrenz überlegen. Erstklassiges Material, unbedingte Ordnung und Pünktlichkeit und vor allen Dingen Sauberkeit bis zur Pedanterie waren seine Geschäftsgründsätze. Sie traten in die Erscheinung vom Bodenraum bis in den letzten Kellerwinkel. Überall erkannte man das Auge des gewissenhaften Geschäftsmannes. „Das sind Dinge, in denen unser Chef keinen Spaß versteht“, wußte schon nach acht Tagen jede Person im Betrieb. Dabei verstand er praktisch zu arbeiten wie kaum einer. Ich stand mit ihm vor einiger Zeit in seinem Schlachthaus im Gepräch über die hohe Politik; ein Schlachtereigehe war am Werke, ein Kind zu zerlegen, und der Metzger, der den noch neuen Gehilfen beobachtete, lächelte mit dessen Arbeitstempo nicht zufrieden zu sein. „Schnell sag er seinen Hod aus“, streifte die Hemdsärmel auf, nahm dem Gehilfen das Bett aus der Hand, stieß auf sich und wuschte durch die Luft, feiner verblühte auch nur um Millimeter das Ziel, nach wenigen Minuten hing Kiesel an Kiesel am Fleischhaften an der Wand. „So wird's gemacht!“ meinte Meister Kobelt, und indem er den Hod wieder anzog und mit mir den Raum verließ, fügte er hinzu: „Vor seinen Leuten kann man nur etwas Ordentliches verlangen, wenn man ihnen zeigen kann, was Sache ist.“ Daß ein Mann der ausgeprochenen Praxis frei von Weichmütigkeit und Sentimentalität ist, versteht sich von selbst; ich habe nur ein einziges mal gesehen, daß Wilhelm Kobelt sich verhalten mit der Hand über das feuchtstehende Auge fuhr. Wie saßen in der kleinen Stube am Wärfle; der Depeschenbote trat

ein — Wilhelm Kobelt erbrach das Telegramm, warf einen Blick darauf und sagte es mir ohne ein Wort: „Ein einziger Junge Bruno fard für das Vaterland...“

Wie Wilhelm Kobelt 1905 Stadtervordner wurde, wie er sich allmählich in der Arbeit auf dem Wärfle durchsetzte, wie er 1914 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt ward, in der Kriegszeit die Lebensmitteleverorgung Magdeburgs mit ungewöhnlichen organisatorischem Geschick praktisch erfasste und durchführte, wie er von 1919 an als erster unter den unbesoldeten Magistratsmitgliedern ein umfangreiches und verantwortungsvolles Dezernat selbstverantwortlich übernahm und glänzend verfas, wie er die zeitgemäße Entwicklung des Magdeburger städtischen Schlacht- und Viehhofbetriebs durchsetzte und in allen Phasen förderte, ist bekannt und heute in allen andern Zeitungen zu lesen. Weniger der Deffektivität kund geworden und nur seinen eigenen Freunden gegenwärtig ist die Tatsache, daß er von Kriegsbeginn an und noch intensiver fast auf das Kriegsende zu wochenlang Tag und Nacht unterwegs, in Dänemark, in Holland, in Ungarn tätig war, um Lebensmittel und Ernährungszufuhre für die Magdeburger herbeizuschaffen und daß ihm in dieser Arbeit so bedeutende Erfolge beschieden waren, daß der stadteinwohner Bevölkerung die Entbehrungen des Krieges dadurch wesentlich gemildert wurden.

Für die Zeit von 1907 bis 1911 war Wilhelm Kobelt Mitglied des Deutschen Reichstags als Vertreter des Reichstages Magdeburg. Es waren Jahre der Arbeit. Wie er in einem festen Hufeisenritzen gegen den Kriegsmilitarismus wegen der jahrelangen Vergehung der Verkaufsverhandlungen in Sachen der Ubergabe der Westfront zu Felde zog und damit dahingehend für die notwendige Vorbereitung der Wärfle-führer T. Tatfache len Jahre der Stadt Freund und als der gesamt gliedern schen, ur führung Ansehens wahlen in heitem in seinem in Am Tage einen in Sie zu hoffe, das fes verfo hige Na zwischen

Am 13. August 1927 mit Wilhelm Kobelt aus Ems, daß ihm der dortige Sommeraufenthalt sehr gut bekommen sei. Verlorenen Mittwoch erfuhr ich in seiner Wohnung, daß er sich zur Nachkur in Berningerohe befinde und am kommenden Dienstag nach

